

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, aus der Post zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.50. Monatlich 50 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4098 a. 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzeilige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Besondere Anzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93.

Freitag, den 21. April 1899.

6. Jahrgang.

## Arbeiter, Genossen! Denkt an den 1. Mai, an die Demonstration für den Achtstundentag!

Diese eine Beilage

### Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“)

Berlin, den 19. April 1899.

Der Reichstag begann heute mit der Verathung der Novelle zur Gewerbeordnung. Verbunden damit wurde die Verathung von zwei national-liberalen Anträgen, ein Antrag Heyl auf Ausdehnung der Gewerbeaufsicht für die Heimarbeit und ein Antrag Wassermann auf Uebertragung der im Handels-Gesetzbuch festgelegten Vorschriften für die Kündigungsfristen der Handlungsgehilfen auf alle im Handelsgewerbe angestellten Personen. Die Mannigfaltigkeit unseres gewerblichen Lebens macht ein immer erneutes Eingreifen des Staates notwendig, so finden sich in der Novelle Bestimmungen zusammen, die sich auf die verschiedenartigsten Dinge beziehen und natürlich von den verschiedenen Standpunkten verschieden beurtheilt werden müssen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen werden, wo die Hauptarbeit geleistet werden wird. Von unserem Redner wurden Zweifel geäußert, ob diese große Arbeit in dieser Session noch geleistet werden könne und der Regierung wurde nahegelegt, um die aufgefangene Arbeit nicht verloren gehen zu lassen, die Session nicht zu schließen, sondern zu vertagen. Eine Hauptbestimmung der Vorlage ist die Einführung einer Minimalruhezeit für die in offenen Verkaufsstellen beschäftigten Angestellten. Dieser Punkt wurde auch von dem Redner unserer Fraktion, dem Genossen Pfannkuch, am eingehendsten behandelt. Unter lebhaftem Beifall verlangte er weitgehendsten Arbeiterschutz, insbesondere auch für die Heimarbeiter, dagegen erklärte er sich gegen die Ausdehnung polizeilicher Aemacht, wie sie die Vorlage in den Bestimmungen über die Konzeptionspflicht der Gastwirthschaften verlangt. Die Debatte soll morgen fortgesetzt und Freitag zu Ende geführt werden.

69. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathssitz: v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung der Novelle zur Gewerbeordnung. Dieselbe bestimmt, daß nach dem Geschäft eines Gastwirths oder eines Stellenvormittlers einer besonderen Konzeption bedarf und diese im Uebrigen, was die Mithigkeit ihrer Tage anlangt, den Pflichten gleichgestellt. Ferner werden einige Schutzbestimmungen eingeführt für die Arbeiter in der Kleider- und Wäsche-Konzeption, sowie derjenigen Gewerbe, in denen die Unfreiheit der Arbeitsbedingungen zu Mithständen geführt hat. So kann da z. B. durch Beschluß des Bundesrathes angeordnet werden, daß Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern vom Arbeitgeber für die Tage, an welchen sie in der Fabrik die gewöhnlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Verrechnung außerhalb der Fabrik überhaupt nicht, für die Tage, an welchen sie in der Fabrik längere Zeit beschäftigt waren, annähernd nur in dem Umfange übertragen werden darf, in welchem Durchschnittsarbeiter ihrer Art die Arbeit voraussichtlich in der Fabrik während des Restes der gewöhnlich zulässigen Arbeitszeit würden herstellen können — und auch das nur, sofern Mithstände in Bezug auf die Ausdehnung der Arbeitszeit zu Tage getreten sind. — Eine weitere Bestimmung betrifft die Gehälter, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen, denen nach Vertheilung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zu gewährt ist, sowie innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause. Doch sind dabei auch gewisse Ausnahmen vorgesehen; die Bestimmung soll keine Anwendung finden auf Arbeiter zur Vertheilung des Vertriebs von Waaren, für die Aufnahme der Verkaufsleute während der letzten zwei Wochen vor Weihnachten, außerdem an jährlich höchstens 10 von der Ortspolizei zu bestimmenden Tagen. Eine weitere Milderung besteht in der Einführung des partiellen Acht- oder Neun-Uhr-Ladenschlusses, der auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber für eine oder mehrere Gemeinden durch Anordnung der Verwaltungsbehörde verfügt werden darf. Ferner soll dem Bundesrath die Befugniß zustehen, den Geschäftsinhabern durch besondere Vorschriften zu zwingen, die Geschäftsräume so einzurichten, daß der Handlungsgehilfe, „so weit die Natur des Betriebes es gestattet“, gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit und Sittlichkeit geschützt ist. Endlich wird der Geschäftsinhaber verpflichtet, die Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten.

In Verbindung mit der Regierungsvorlage stehen Anträge des Abg. Frhen. Heyl zu Herrnsheim (N.) und Genossen zur Verathung. Dieselben verlangen, daß die allgemeinen Vorschriften der Gewerbeordnung auch auf Werkstätten der Hausgewerbetreibenden Anwendung finden sollen, sowie, daß eine allgemeine Regelung der Arbeit der in offenen Verkaufsstellen, Schank- und Gastwirthschaften beschäftigten weiblichen Personen

stattfindet, denen eine Mindestruhezeit von 8—10 Stunden gelassen werden muß. Ferner steht mit zur Verathung ein Antrag Wassermann (N.), der die Kündigungsfrist für kaufmännische Angestellte regeln will.

Frh. v. Heyl (N.): Ich bedauere, daß der Regierungsentwurf wesentliche Beschränkungen gegenüber dem vorjährigen enthält. Es gilt eine ganze Reihe von Unfreiheiten bezüglich der Krankenversicherungspflicht zu beseitigen. Die Heimarbeiter sind Versicherungspflichtig; die selbstständigen Hausindustriellen können sich versichern. Durchaus unzulänglich ist der Schutz der Arbeiterinnen in der Konzeptions- und Wäschebranche. Auch das, was die Vorlage bietet, reicht nicht aus. Die Bestimmungen über den Gewerbebetrieb in Werkstätten der Hausgewerbetriebe reichen ebenfalls nicht aus. In England geht man viel weiter; dort ist dem Staatssekretär sogar gestattet, unter gewissen Voraussetzungen den Betrieb von Hauswerkstätten zu verbieten. Unsere Vorschläge, die wir zum Gewerbebetriebe der Gast- und Schankwirthschaften gemacht haben, möchten wir gern schon jetzt in der Kommission in die Novelle hineinarbeiten. Die nächste Novelle ist erst in einigen Jahren zu erwarten, so lange kann die Regelung dieser Verhältnisse nicht hinausgeschoben werden. Ich beantrage, die Vorlage mit einem Antrage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall bei den National-liberalen.)

Wassermann (N.): Mein Antrag bezweckt die angemessene Uebertragung der Bestimmungen des Handels-Gesetzbuches über die Kündigungsfristen auf alle Angestellte, die nicht unter das Handelsgesetzbuch, sondern unter die Gewerbeordnung fallen, also auf Werkmeister, Privatbeamte u. s. w. Ich komme nun auf die Regierungsvorlage, die uns ja ein ganzes Bouquet der verschiedensten Änderungs-vorschläge bringt. Am meisten begrüßen wir die Bestimmungen, die sich auf die Lage der Handlungsgehilfen beziehen. Was die Bestimmungen über die Konzeptionspflicht von Stellenvermittlern und Stellensuchenden anlangt, so würde ich wünschen, daß die Ertheilung der Konzeption von einer Vorprüfung der Bekandnisse der betreffenden Personen abhängig gemacht wird. Wenn man sich die Zahl der Verbeirathungen dieser gewerbsmäßigen Stellenvermittler ansieht, so muß man durchaus eine solche Vorprüfung für nötig halten. Es fällt mir auch in der Vorlage auf, daß der Erlaß von Strafbestimmungen im weitesten Umfange den Landeszentralbehörden überlassen ist. Ich würde in einzelnen Gegenständen auch die Verteilung zum Kontraktbruch durch Theateragenten unter Strafe gestellt wissen. Mir erscheint es fraglich, ob hierfür überhaupt Strafbestimmungen notwendig sind; jedenfalls aber sollte man doch diese Frage nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung lösen. Bei den Vorschriften über die Handelsangestellten handelt es sich ja zunächst um die Frage des Achtuhr-Ladenschlusses. Die Angestellten selbst haben sich ja in ihren Verbänden für diese Maßregel ausgesprochen. Was den Standpunkt der Prinzipale anlangt, so ist es Ihnen bekannt, daß, als die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik bekannt wurden, ein Sturm der Entrüstung in den Kreisen der Prinzipale sich bemerkbar machte. Man stellte diese Bestimmungen als eine Beschränkung der Gewerbetreibenden hin. Der Begriff der Gewerbetreibenden liegt aber nur darin, daß Jemand ohne Befähigungsnachweis ein Gewerbe betreiben darf. Das alte Argument, daß die Gehilfen ihre freie Zeit in den Wirthshäusern verbringen würden, kann ich natürlich ebenfalls nicht anerkennen. Auf das Familienleben würde eine solche Maßregel jedenfalls sehr wohlthätig einwirken. Ein Eingriff in die persönliche Freiheit würde ja allerdings vorliegen, aber das Interesse der Allgemeinheit würde ich in diesem Falle höher stellen. Uebrigens haben sich auch viele Prinzipale bereits mit dem Gedanken an den Achtuhr-Ladenschluß ausgesprochen. Auch ich persönlich stehe also dieser Maßregel sympathisch gegenüber, ich gebe aber zu, daß es vielleicht vorsichtiger ist, zunächst den Weg zu beschreiten, den die Vorlage will. Jedenfalls haben die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik ein sehr trübes Bild entrollt von der Ausnutzung der Handlungsgehilfen in derartigen offenen Geschäften, so daß die Gesetzgebung notwendigerweise da einschreiten muß. Ich vermiße endlich noch in der Vorlage Maßnahmen gegen die sogenannte Lehrlingslastererei. Die Verhältnisse, die in dieser Beziehung zweifellos herrschen, könnte man durch Anstellung von Handelsinspektoren am erfolgreichsten beseitigen. — Ich hoffe, daß es der Kommission gelingen wird, noch im Sommer die ganze schwierige Materie zu erledigen, glaube allerdings nicht, daß dies ohne Vertagung des Reichstages möglich sein wird. (Bravo!)

Staatssekretär Graf Posadowsky betont die Wichtigkeit einer strengeren Kontrolle der Stellenvermittler, besonders auch der Theateragenten. Hier lägen schwere Mithstände vor. Manche Schauspielerei und Schauspielereien würden durch die Verträge mit den Agenten geradezu in ein Versteckten- und Sklavenerhältnis hineingedrängt. Die übrigen Stellenvermittler verleiteten im eigenen Interesse oft zum häufigen Stellenwechsel. Die Krankenversicherung für die Hausarbeiter sei deshalb diesmal fortgelassen, weil die Kommunen schon in dieser Richtung thätig seien. Das Altersgesetz sei jetzt auf dem Lande eines der populärsten Gesetze, wie ein Ugavriener in der Kommission sagte. So werde auch gegen diese Bestimmungen der Widerstand aufhören. Doch angesichts der großen Verschiedenheit in verschiedenen Städten und des großen Widerwillens der Kaufleute gegen den Achtuhr-Ladenschluß müsse man den Handlungsgehilfen einwirken mit sonstigen Mitteln helfen. Aus taktischen Gründen empfehle sich, über die Vorschläge der Regierungsvorlage bezüglich der Pausen und der Minimalruhezeit der Angestellten nicht hinaus zu gehen. Bis zu den Handelsinspektoren, als einer ganz neuen Kategorie, gehe keine — des Redners — Phantasie nicht, und die Einzelstaaten würden kaum davon einsehen. Doch könne man ja die Gewerbeinspektoren vermehren. Bedenken ersterer Art gegen die Anträge Wassermann's habe er jedoch nicht. Anders freilich künde es mit den Anträgen des Freiherrn von Heyl. Die Regierung könne übrigens hier den besten Grund hier auch nicht öffentlich verkünden. Zum Theil seien die Anträge

Heyl's auch wohl nicht durchführbar; die Definition des Hausbetriebs sei a. B. ganz vage und viele andere Bestimmungen werden ihr Ziel auch kaum erreichen, a. B. die hohen Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen bezüglich der Hausindustrie, wonach der Arbeitgeber sogar für gute Kost und gutes Wohnen der Arbeiter aufkommen müsse. Das erinnere an König Heinrich's IV. gebratenes Huhn für Jeden und sei wohl nicht ernst zu nehmen. Posadowsky bittet, im Interesse der Verabschiedung des Gesetzes noch in dieser Session, Selbstbeschränkung zu üben und nicht zu versuchen, alles Wünschenswerthe mit hineinzubringen. Hier sei die Verthaltung erst der Meister.

Frh. v. Stamm (N.): Der Regierungsentwurf hat im Wesentlichen die vor zwei Jahren von den National-liberalen geäußerten Wünsche in Paragraphen gebracht. Die unbeschränkte Ausdehnung auf die Hausindustrie hat der Abg. Heyl vor zwei Jahren selbst als unmöglich bezeichnet; er hat das gerade damals den Sozialdemokraten gegenüber ausgesprochen. Der jetztige Antrag Heyl geht von ganz falschen Grundfragen aus. Es giebt keine Unterscheidung zwischen Handwerk und Hausindustrie. Nach meiner Meinung kann man beides nur folgendermaßen definieren: Handwerk ist, wenn (Weiterfertigung) der Meister selbst mitarbeitet, Hausindustrie ist, wenn (Weiterfertigung) der Unternehmer zwischenmeister beschäftigt. Aber auch diese Definition paßt nicht für alle Fälle. Es folgt daraus, daß der Antrag Heyl juristisch hinfällig ist. Redner sucht an den einzelnen Bestimmungen des Antrages nachzuweisen, daß er zu unhaltbaren Konsequenzen führt. Wenn die Anträge Heyl und Wassermann zurückgezogen werden, so wäre das für das schnelle Zustandekommen des Gesetzes sehr von Vortheil. Wir brauchen dann überhaupt keine Kommissionsberatung, sondern können gleich im Plenum die zweite Verathung vornehmen und die Vorlage noch in diesem Jahre Gesetz werden lassen.

Pfannkuch (S.): Der Herr Abg. Frh. von Stamm meinte, wir sollten uns mit der Regierungsvorlage zufrieden geben, und der Herr Staatssekretär sagte, man müsse doch anerkennen, daß der Entwurf eine große Verbesserung gegenüber dem jetzt bestehenden Zustand darstellt. Ich bin aber der Ansicht; man möchte den Arbeiterforderungen einmal gründlich nachgeben; dann wird man sich nicht in jeder Session mit denselben Dingen befassen müssen. Was die Schutzbestimmungen für die Heimarbeit anlangt, so nehmen wir da folgenden Standpunkt ein: Will man zufriedenstellende Zustände schaffen, so muß man die Heimarbeit überhaupt aus dem Rahmen unseres Wirtschaftslebens streichen (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten); denn durch die Heimarbeit können die Kapitalisten die Ausbeutung menschlicher Arbeit mit der Maschine konkurriren lassen. Aus der Begründung der betr. Bestimmungen geht auch hervor, daß die Regierung selbst davon überzeugt zu sein scheint, wie unzulänglich die Regierungsvorlage in diesem Punkte ist. Natürlich werden auch wir Alles daran setzen, die §§ 114 a und 137 a nach Möglichkeit zu verbessern. Vor Allem müssen wir darauf bestehen, daß die Bestimmung über die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter auf alle Gewerbe ausgebeht wird. Wenn wir die völlige Beseitigung der Heimarbeit verlangen, so müssen, soll dieselbe zur That werden, ganz andere Aufsichtsbestimmungen getroffen werden. Die jetzige Art der Gewerbeaufsicht würde dann ganz unzulänglich sein. Entschieden nach dieser Richtung hin ist der Antrag des Centrums auf Einführung der Arbeiterkammern. Ihnen wird auch die Regelung der Arbeitsvermittlung überlassen werden müssen. Für die Arbeiterinnen haben wir schon längst größere Schutzbestimmungen gefordert. Wenn wie in Fürtich die Ueberarbeit weiblicher und jugendlicher Arbeiter mit einem 25 prozentigen Aufschlag honorirt werden müßte, dann würden auch bei uns die Unternehmer an der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft dieser Arbeiter verhindert sein. — In Bezug auf das Stellenvermittlungsgewerbe sind durch die Kommission für Arbeiterstatistik namentlich im Gastwirthschaftsgewerbe haarsträubende Thatlagen ermittelt worden. Es werden Gebühren von 5 bis 400 Mk. für Vermittelung von Stellen erhoben. Oft nehmen die Vermittler von dem Einkommen ihrer Opfer ständige Prozente. Weigert sich jemand diese Prozente zu zahlen, so kann er seine Stellung verlieren, da sehr häufig Arbeitgeber und Vermittler im Einverständniß handeln. Die Dilettanten führen die Deutenoth als Grund für den Uebermuth der Stellenvermittler an und verlangen schärfere Schutzbestimmungen. Die jetzige Gewerbeordnung giebt aber den Behörden Mittel genug an die Hand Mithstände auf diesem Gebiete zu verhindern. Es scheint allerdings, daß die Behörden nach dieser Richtung hin nicht voll ihre Schuldigkeit gethan haben. Was nun die gesetzgeberischen Vorschläge bezüglich der Arbeitszeit der in offenen Verkaufsstellen thätigen Personen betrifft, so ist mit der 10 stündigen Ruhezeit unseres Erachtens nach nichts gethan. Es ist wichtiger, eine bestimmte Arbeitszeit festzusetzen. Ebenso steht es mit der Festsetzung der Mittagspause. Den Angestellten, die im Hause der Prinzipale essen, soll eine angemessene Mittagszeit gewährt werden. Was ist aber angemessen? Darunter kann Jeder verstehen, was er will. Für die außerhalb des Hauses Essenden soll eine einstündige Mittagspause vorgeschrieben werden. Das genügt uns nicht. Unser Bestreben wird sein, eine zweistündige Mittagspause für alle in offenen Verkaufsstellen Beschäftigten zu erzielen. Können wir damit nicht durchdringen, so werden wir wenigstens zwölfwündige Ruhezeit für die außerhalb des Hauses Essenden zu erreichen suchen. Die Bestimmungen des § 139 d halten wir für ganz überflüssig. Außerdem verlangen wir für die Handelsangestellten eine 14 tägige Ferienzeit und volle Gehaltszahlung; außerdem für alle Angestellten in offenen Verkaufsstellen eine zwölfwündige Ruhepause. Den in Wirthschaften und Gasthäusern Angestellten muß mindestens dieselbe Ruhepause bewilligt werden, da ihre Arbeit sehr aufreibend ist. Wünschenswerth wäre eine zeitigere Einbringung der Gewerbeordnungsnovelle gewesen. Verschiedene Redner haben schon darauf hingewiesen, daß die späte Einbringung dieser Vorlage dazu beitragen wird, daß sie nicht zur Verabschiedung gelangen kann.

Man noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn von Stamm. Wir halten die Definition des Wortes Heimarbeit nicht für so schwierig; und er hat selbst im Laufe seiner Rede die Definition gegeben, die ja die Kommission zur Grundlage ihrer weiteren Verabredung nehmen kann. Herr Wassermona wünschte die Anrechnung von Handelsinspektoren. Wie leicht beläunert er sich mit anderen Vorschlägen nach einem Arbeitsamt und Arbeitskammern, von denen aus dann auch die Kontrolle in den Handelsbetrieben geregelt werden kann. Diese Gleichberechtigung (nach rechts) wollen Sie den Arbeitern nicht zugestehen. Wir werden aber Alles einlegen, um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse durchzusetzen und nicht erlahmen, bis dieses Ziel erreicht ist (Beifall bei d. Sozialdemokraten.)

Jaobskötter (R.): Wir werden dazu mitwirken, daß die Vorlage Gesetz wird. Besonders der Artikel 2, Gesinde- und Stellenvermittlung betreffend, entspricht einem dringenden Bedürfnis. (Sehr richtig! rechts.) Die Ausdehnung der gesetzlichen Bestimmungen auf die Gehilfenvermittlung und ebenso auf die Plandienstvermittlung wäre mir sympathisch. Die Besserung der Verhältnisse der Wälsche- und Konfektionsarbeiter betrachte auch ich nur als einen Versuch, bei dem wir den Bundesrat sehr gern unterstützen wollen. Die Heimarbeit an sich ist etwas so Gelundes, so Natürliches und so Berechtigtes, daß ich die ablehnte Opposition der Sozialdemokratie dagegen nicht verstehe. Freilich, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) die Arbeiter erst alle in der Fabrik haben, dann haben Sie sie unter Ihrer Kontrolle! Man muß anerkennen, daß nirgends eine solche Ausdehnung besteht, wie im kaufmännischen Dienst. Ich mache den Kaufleuten daraus keinen Vorwurf, sie sind vielfach durch die Ansprüche des Publikums und ihre bedrängte Lage dazu gezwungen. Viele Kaufleute der Kaufleute, ihre Läden selber zu schließen, sind geschickter. Die Erfahrungen mit der Wälscheverordnung und der Sonntagstube müssen uns doch in Bezug des 8 Uhr-Ladenabschlusses große Vorstöße auflegen. Die Vorschläge der Abg. Heyl zu Herrnshelm und Wassermann sind thatsächlich unannehmbar. Ich beantrage Namens meiner politischen Freunde, die Vorlage und die Anträge einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Waller (W.) hält es für schädlich, daß man das Handwerk unter Polizeiaufsicht stellen will, wie dies bereits bei der Wälsche leider geschah. Die Herren links wollen sonst von der Polizei nichts wissen, nur in solchen Fällen verlangen sie, daß die Polizei bis in das letzte Winkelchen des Privatlebens hineinleuchten soll. Die zweifelhafte Mitgliedszeit ist nicht überall durchzuführen, so nicht beim Baugewerbe im Winter, wo es um 8 Uhr hell und um 4 Uhr schon wieder dunkel wird. Abg. Wismann meinte, wir wollen die Arbeiter daran verhindern, ihre Lage selbstständig zu verbessern. Keineswegs! Ich habe immer gefunden, es ist mit den Leuten ganz gut auszukommen, wenn man nur mit ihnen vernünftig umgeht. Ich schreibe mich dem Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern an.

Darauf wird ein Beratungsantrag angenommen.  
Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau. Deutschland.

Vertagung oder Schließung des Reichstages? Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ fordert angesichts des großen Arbeitsstoffes der Reichstages die Regierung auf, nicht die Session zu schließen, sondern den Reichstag zu vertagen. Sie schreibt: „Die meiste Arbeit wird aber pro nihilo (umsonst) sein, wenn die Regierung sich nicht entschließt, den Reichstag zu vertagen, statt die Session zu schließen. Versteht sie sich nicht dazu, schließt sie den Reichstag Ende Juni oder Anfang Juli, — länger ihn zusammen zu halten ist schlechterdings unbedenklich, — dann giebt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder man arbeitet ruhig, ungestört und ohne Ueberstürzung weiter, macht fertig, was fertig wird, und läßt das Unfertige mit der bisher geleisteten Arbeit unter den Tisch fallen. Dann schiebt man die Erledigung dringend notwendiger gesetzgeberischer Arbeiten wiederum ein Jahr hinaus und verschwendet unnütz eine ganze Menge theurer Zeit. Darin liegt aber auch eine gewisse Rücksichtslosigkeit gegen den Reichstag, dem man eine Masse Arbeit für nichts und wieder nichts aufgebürdet, um sie dann kaltilächlich in den Papierkorb zu werfen. Es liegt aber noch eine andere Möglichkeit vor: man hastet die Vorlagen durch, so daß man sie mit Fängen und Würten bis Ende Juli oder Anfang August unter Dach und Fach bringt. Diese Durchpeisung wäre nicht nur eine Rücksichtslosigkeit gegen den Reichstag, sondern auch ein Frevel am Volke. Man klagt heute schon, oft mit Recht, daß neue Gesetze nicht genügend durchgearbeitet seien und wesentliche Lücken oder Widersprüche oder Unklarheiten zeigten.“

Die Einrichtung einer Provinz Berlin ist thatsächlich beabsichtigt, wie der „Post“ bestätigt wird. Ueber kurz oder lang werde man dazu übergehen müssen, meint die „Post“, Berlin mit den Vororten zu einem weiteren Kommunalverbande zugleich eine gemeinsame regimintelle Spitze zu geben. Daß es dabei auf eine Einschränkung der Selbstverwaltung abgesehen ist, wird von der „Post“ offen zugegeben. Das Blatt meint, es würde allerdings wohl eine Reihe von kommunalen Aufgaben, welche heute von der Stadtgemeinde Berlin wahrgenommen werden, auf einen solchen höheren Kommunalverband übergehen, und ebenso würden die staatlichen Funktionen, welche jetzt die städtischen Behörden von Berlin wahrnehmen, soweit sie gemeinsam für einen solchen neuen Kommunalverband auszuüben sind, auf die zu bestellende Staatsbehörde übergehen. — Mit der Bildung eines neuen Regierungsbezirks Charlottenburg werde eine ganze Reihe der Fragen, welche die engen Beziehungen zwischen Berlin und den Vororten in immer stärkerem Maße aufwerfen, auf die Dauer nicht zu lösen sein. Diese Einrichtung werde daher schwerlich mehr als ein Provisorium bedeuten und nur einen Nothbehelf für die Zeit bilden, „bis der Gedanke einer gründlichen Reorganisation der staatlichen und kommunalen Verhältnisse der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung spruchreif geworden sein wird.“ — Das sind schöne Aussichten für Berlin, das statt eines Oberbürgermeisters einen Oberpräsidenten, statt einer Selbstverwaltung eine napoleonische Präfektur haben würde, alles im Zeichen des Entrechtungskurses!

Der „Afrikareisende“ Esser ist nunmehr endgültig als Kenomist gekennzeichnet worden. Im Dezember vorigen Jahres wurde bekanntlich Dr. Esser vom Kaiser im Potsdamer Stadtschloß empfangen und, nachdem er einen 1 1/2 stündigen Vortrag über die Verhältnisse in unseren Schutzgebieten gehalten hatte, mit dem Kronenorden zweiter Klasse beforirt. (Auch sollte ihm der Kaiser beim Abschied gesagt haben: „Ich wünsche, daß ich für jede unserer Kolonien einen Mann hätte wie Sie.“) Kurz darauf erhob der Geograph Dr. phil. Hans Wagner, Charlottenburg gegen Dr. Esser den Vorwurf, dieser habe die von ihm am 6. Februar 1897 in der Gesellschaft für Erdkunde in Berlin geschilderte Reise in das Ruinengebiet nicht gemacht. Wie nunmehr Dr. Wagner in einer unter dem Titel „Etwas vom „Afrikareisenden“ Dr. jur. Esser“ herausgegebenen Broschüre mittheilt, hat Herr Dr. Esser vor dem Militärtribunal eingestanden, daß er die etwa 1000 km lange, von Dr. Wagner gemeinte Reise nicht „im Zusammenhange“ gemacht habe. Weiter habe Dr. Esser zugegeben, daß er östlich des Schellagebietes nicht gewesen sei und sich hinsichtlich dieses Gebietes auf Mittheilungen Anderer gestützt habe. Dazu bemerkt Dr. Wagner: „Damit ist meine Behauptung erwiesen, daß die Reise des Herrn Dr. Esser etwa den Werth einer Spreewaldpartie habe.“ Weiter schildert Wagner in seiner Broschüre, warum und wie Esser sich mit besonderer Fähigkeit um die Gunst des Kaisers beworben habe. Dr. Esser verfolgte in den Kolonien nicht Forschungszwecke, sondern materielle großkapitalistische Interessen. Um diese möglichst zu fördern, wollte er Mitglied des Kolonialraths werden. Das Kolonialamt mochte ihn aber nicht haben. Aber sagt sich Esser: „Es giebt einen Höheren als den Kolonial-Direktor. Wenn der Kaiser ehrt, den darf ein kaiserlicher Beamter nicht zurückweisen, der ist gesetzt gegen die „Bureaucratie.“ Die Aufmerksamkeit des Kaisers versuchte er zunächst durch verschiedene ehrfurchtvolle Präzente zu erregen, Photographien aus seiner großen Afrika-Expedition, eine Büste Friedrich II. u. s. w. wanderten ins Schloß. Dr. Esser hat zwei Jahre fast sich gedulden müssen, bis sich endlich ein Mitglied der Hofgesellschaft seiner erbarmte und als „unverantwortlicher Rathgeber“ beim Kaiser die „Verdienste“ des Herrn Dr. Esser in das gehörige Licht setzte. Die Audienz wurde bewilligt und am selben Abend, noch konnte Dr. Esser dem staunenden Publikum in Klubs und Theatern seinen schönen Orden präsentieren und gleichzeitig dem verhassten Auswärtigen Amt einen empfindlichen Schlag durch Veröffentlichung der abfälligen kaiserlichen Worte über die Kolonialbeamten versetzen.

Mit der Vorbildschaft Essers ist es nun wohl zu Ende. Dr. Wagner theilt u. A. auch mit, man habe ihm 3000 Mk. für sein Material gegen Esser geboten und andere verlockende Versprechungen gemacht, wenn er nichts mehr gegen Dr. Esser schreibe: „wir Afrikaforscher schwindeln alle ein bischen“, sagte der ehrliche Walter.

Die neuerte Kommission des Reichstages für das Invalidenversicherungsgesetz begann Dienstag die Verhandlungen in der zweiten Lesung bei § 10, welcher bestimmt, daß auch derjenige nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, welcher während 26 Wochen unterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, Invalidenrente für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit erhält. Molkenbühr beantragte, die Karenzzeit auf 13 Wochen herabzusetzen, besonders um einen Druck dahin auszuüben, daß möglichst die in Aussicht gestellte Novelle zum Krankenkassengesetz vorgelegt werde. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und § 10 unverändert angenommen. § 11 bestimmt, daß die Gewährung der Rente ganz oder theilweise ver sagt werden kann, wenn der Versicherte die Erwerbsunfähigkeit bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urtheil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat. — Molkenbühr beantragte den Zusatz, daß, falls eine völlige oder theilweise Veragung der Rente stattfindet, dem Versicherten die Hälfte der für ihn geleisteten Beiträge erstattet werden muß. — Hofmann-Dillenburg schlug vor, in solchen Fällen die Rente ganz oder theilweise der Familie zu lassen, falls der Versicherte eine im Inlande wohnende Familie besitzt, zu deren Unterhalt er verpflichtet ist. Der Antrag Hofmann wurde angenommen, der Antrag Molkenbühr abgelehnt. — § 12 betrifft das Heilverfahren, das von der Versicherungsgesellschaft gewährt werden kann, wenn ein Versicherter dergestalt erkrankt ist, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrente begründet. § 12 wurde in reaktionell abgeänderter Fassung angenommen. — Die §§ 12a und 12b bleiben unverändert; zu § 12c wurde eine Anzahl Änderungen beschlossen, so daß sich die Bestimmungen für den Versicherten günstiger gestalten; sie lauten jetzt: „Wird der Versicherte infolge von Krankheit erwerbsunfähig, so kann ihm, falls er sich den gemäß §§ 12, 12a von der Versicherungsgesellschaft getroffenen Maßnahmen ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund entzogen hat, die Invalidenrente ganz oder theilweise ver sagt werden, sofern er auf diese Folge hingewiesen und nachgewiesen ist, daß die Erwerbsunfähigkeit durch sein Verhalten veranlaßt ist. Die §§ 12d bis 15 blieben unverändert. § 16, der die Wartezeit betrifft, wurde nach längerer Verhandlung mit einem Zusatz angenommen, daß im Falle der Selbstversicherung und ihrer Fortsetzung die Wartezeit bei der Invalidenrente 400 Beitragswochen betragen soll.

Arbeitszeit in Getreidemöhlen. In den nächsten Tagen wird nach dem „Samb. Corresp.“ die Verordnung des Bundesraths erscheinen, die die Arbeitszeit für Angehörige in Getreidemöhlen den Gehülfen und Lehrlingen innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden zu gewähren. Werden die Getreidemöhlen ausschließlich oder vorwiegend mit Dampfkraft betrieben, so hat die ununterbrochene Ruhezeit mindestens 10 Stunden zu betragen. Für Getreidemöhlen, die ausschließlich mit durch unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten und nicht mehr als einen Gehülfen beschäftigen, können durch die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen von der vorgeschriebenen Ruhezeit an höchstens 15 Tagen im Jahre zugelassen werden. Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen in Getreidemöhlen aller Art nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens beschäftigt werden. — Die Vortheile, welche der Gehülfen aus dieser Verordnung des Bundesraths erwachsen, sind demnach nur geringfügig, denn sie können immer noch 16 Stunden ausbeutet werden! Köllers Beispiele verderben Badenfer Sitten. Ein in Karlsruhe anfangiger Deutschböhmische erhielt vom Bezirksamt Karlsruhe einen Ausweisungsbefehl, weil er in Alt-Landsberg (Preußen) wegen eines an sich geringfügigen Vergehens zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt wurde. Es scheint zunächst sehr sonderbar, daß der Mann, nachdem er sich fünf Jahre lang straffrei geführt hat, jetzt auf einmal staatsgefährlich sein soll. Es scheint allerdings nur, und die Sache wird verständlich, wenn man weiß, daß, wie der „Badische Landesbote“ berichtet, der Betreffende Vorstand einer Gewerkschaft ist und in der Arbeiterbewegung agitatorisch thätig war. Wir haben es also hier mit einer politischen Ausweisung auf Grund einer längst vergangenen und zwar recht geringen Straftat zu thun. Besonders hart trifft den Arbeiter die Ausweisung noch, weil er Familienvater ist. Er hat sechs lebende Kinder zu ernähren und seine Frau steht in aller nächster Zeit einer abermaligen Niederkunft entgegen.

„Patriotismus“ und Geschäft. Wissen unsere Patentpatronen auf das „Glücklichste“ zu verbinden. „Werden zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken“ nennt sich offiziell eine Gründung, die im Volksmunde bekannter ist unter dem Namen Hatalistverein (so genannt nach den Anfangsbuchstaben der Gründer Hansemann, Kennemann und Tiedemann). Ein hervorragendes Mitglied dieses Vereins, bei dem die Förderung des Deutschthums mit der Förderung seines eigenen Vortheils in Widerspruch geriehet, hat sich nach der „Pos. Zig.“ in diesem Dilemma wie folgt gelöst. Das Rittergut Pawlowo im Kreise Wongrowitz, das vor zwei Jahren von einem deutschen Besitzer an die Landbank in Berlin zur Auftheilung verkauft worden war, ist im Laufe von zwei Jahren vollständig aufgetheilt worden, und zwar in das Hauptgut Pawlowo, sowie zwei kleinere Restgüter und in eine größere Anzahl von kleineren Antheilungen; von letzteren befinden sich bereits einige Parzellen in polnischem Besitz. Das Hauptgut Pawlowo erwarb ein rühriges Mitglied des Bundes der Landwirthe und des Hatalistenvereins. Dieser hat nun sein Gut für 600 000 Mk. an einen polnischen Besitzer v. Dziembowski verkauft, und das Gut ist wieder in polnischen Besitz gelangt.

Aus dem frommen Braunschweig wird der „Woff. Bzg.“ mitgetheilt: Die Regierung hat beschlossen, das neue Polizeistrafbuch zu veröffentlichen, ohne Berücksichtigung der Beschlüsse des Landtags wegen Verlegung des Pfingstfestes und Wälderung der einschneidenden Bestimmungen wegen der Luftbarkeiten am Sonnabend Abend. Der Landtag hatte beschlossen, daß es wenigstens geschlossenen Vereinen und Gesellschaften gestattet sein solle, am Sonnabend Abend ihre Luftbarkeiten über 12 Uhr hinaus und zwar bis drei Uhr auszudehnen. Das Polizeistrafbuch wird demnach zu den Gesetzen gezählt, zu denen nach der Verfassung nur „Rath und Gutachten“ des Landtages einzuholen ist, die Regierung hält sich in vorliegendem Falle aber nicht an den erstatteten „Rath und Gutachten“ gebunden. — Die Regierung wird wissen, was sie dem Landtage bieten darf.

Bedeutenseelen. Die national-soziale „Hilfe“ schreibt: Wir lesen in einem Eisenbahner-Fachblatt, dessen Namen wir vorläufig noch verschweigen möchten, folgende sehr bewusste Worte: „Wir haben erfahren, in welcher leistungsfähigen Weise unser Herr Minister die Zugführer-Deputation empfangen hat; er wurde ferner in einem Schreiben gebeten, bei der Gehaltsanpassung für die Zugführer einzutreten. Er hat es gethan, freilich nicht in dem Maße, das er erreicht, was er wollte und wie es unsere Einwirkung ermöglicht. Doch was ein Minister gewollt und nicht erreicht hat, wird er für fernere Zeit zu erreichen suchen, bis dahin wollen wir uns zufrieden geben. Wir, meine Herren Kollegen, wollen ihm für das Eintreten für uns dadurch unsern Dank abfragen, daß wir durch stete Pflichterfüllung aus der Vertretung würdig zeigen und die jüngere Generation in diesem Sinne erziehen. Wer am 26. Januar d. J. der Kaisergeburtstagsfeier bei Kroll beigewohnt hat, muß den Eindruck mit nach Hause genommen haben, daß unser Herr Minister ein Vater seiner Eisenbahner ist, und ein Vater wird seinen Kindern die Erfüllung berechtigter Wünsche nicht versagen. Unsere Stellung kann daher nur durch besonnenes Verhalten jedes einzelnen gehoben werden und uns dem Ziele unserer Wünsche entgegenführen. Aller Segen kommt von oben. Reichen Sie daher vertrauensvoll und ohne Scheu ein kurzes sachgemäßes Gesuch bezüglich der 2. Klasse für die Zugführer auf dem Inftanzwege ein.“

Hui Teufel über solche Sakaiengestinnung!  
Eine Entziehung des Koalitionsrechts bedeutet das Verfahren der Verwaltung der fiskalischen Aufseher-

grube in Obersachsen. Sie läßt die Arbeiter nicht nur warnen, die politischen und Bergarbeiter-Versammlungen in Bielefeld bei Bärge zu besuchen, sie hat auch einige zwanzig Bergleute gezwungen, sich schriftlich zu verpflichten, die Bielefelder Versammlungen nicht zu besuchen, ja sie hat sogar zwei Arbeiter, die jene Versammlungen besucht haben, entlassen. Der Zweck dieser offenbar ganz ungesetzlichen Maßregeln ist der, die Bergleute einzuschüchtern, obwohl das nicht mehr gelingen wird. Daß übrigens jene erzwungene schriftliche Verpflichtung für die Arbeiter nicht die mindeste Bedeutung hat und die Arbeiter durch sie nicht gehalten sind, nummehr wirklich die Bielefelder Versammlungen nicht mehr zu besuchen, ist selbstverständlich und auch bereits bei den obersächsischen Bergleuten bekannt.

**Neue „Wachung“?** Der „Frl. Ztg.“ telegraphirt man aus London: Nach einer amerikanischen Meldung aus Honolulu haben dort Händler, die mit den Carolinen zu thun haben, berichtet, daß Deutschland von Spanien die Insel Rufai gekauft hat. Rufai ist bei den amerikanischen Händlern unter dem Namen Strong Island bekannt. Es hat den schönsten Hafen in der ganzen Carolinen-Gruppe. — Bisher ist eine Bestätigung dieser Meldung durch die offizielle Presse noch nicht erfolgt.

**Kleine politische Nachrichten.** Dr. Bethmann hat am 19. d. M. die Reichsversammlung in Betreff der Reichsreform in Bielefeld mit, daß er sein Reichstagsmandat „aus Gewisheitsgründen“ niederlege. Warum hat er sich denn nicht noch im vorigen Jahre wählen lassen? Im preussischen Abgeordnetenhaus fand, nach dem „V. Z.“, am Dienstag eine Besprechung unter Vorsitz des Abgeordneten v. Hildebrandt und der Vasa über die Frage der Fürsorge für Arbeitslose statt, an welcher Mitglieder aller Parteien theilnahmen. Es wurde vereinbart, den Reichstag mit der Einbringung einer Resolution zu empfehlen, welche die Regierung um Einbringung eines entsprechenden Gesetzes ersucht. Welcher Reichstagsmandat man sich wieder anstellen werden? — Für die Vorbereitungs-Konferenz wird als militärischer Vertreter des Deutschen Reichs Oberst v. Grotz, genannt v. Schwarzhoff, (vor Schwärzloppens Militärbevollmächtigter in Paris) nach dem Haag gehen. Wegen der Verwendung von Konstruktoren im Landwirtschaftsbetriebe der Weistlichen hat das Konstruktoren zu Bielefeld i. V. eine Resolution erlassen, welche den Weistlichen fortan jede Benützung der Konstruktoren, auch außerhalb der Unterrichtsstunden, in ihrem persönlichen Interesse ebenso verbietet, wie dies den Lehrern betrefend der Schüler verboten ist. Daß eine solche Verfügung wünschbar war, läßt sich nicht leugnen. Der Potsdamer Wasserkrafts-Projekt in zweiter Auflage. Die Staatsanwaltschaft hat, wie zu erwarten war, gegen das freisprechende Urtheil in dem Prozesse gegen die Schwester Karola von Potsdamer St. Jozeph-Wasserkrafts-Berufung eingeleitet. — Das Postamt in Leipzig hat den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen untersagt und nur bedingungsweise gestattet, daß in den geschlossenen Versammlungen des Leipziger polnischen Vereins in polnischer Sprache verhandelt werde. Der Gefahr, daß die Stadt Leipzig polonisiert werde, ist damit glücklich vorgebeugt. — Die Kommission des Reichstages für die Beratung der Bonnovelle beriet die Bestimmungen betreffend die Verbesserung der Viehe und politischen Zeitungen durch expresse Voten oder Führen (§ 2 Art. 2). Die Abstimmung wurde nach längerer Debatte mit 20 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Abg. Hase, Singer und Müller-Sagan hoben daraufhin ihre Anträge zu diesem Paragraphen zurück. Es bleibt also der jetzige Zustand bestehen. — „Das afrikanische Kaliensteigen“ hatte bekanntlich vor einigen Monaten der frühere Reichsminister Oskar Baumann in einem Wiener Blatt veröffentlicht. Wie jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt, haben auf amtliche Anweisung an der Hand des Baummannschen Artikels durch das Gouvernement in Dar-es-Salaam eingehende Erhebungen — soweit solche mangels Räumlichkeiten von Baummann wohlwollend verschwiegener Anhaltspunkte überhaupt möglich waren — stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, daß auch nicht der geringste Anlaß zu derartigen Verdächtigungen deutscher Beamten in Ostafrika vorliegt. Man wird abwarten müssen, was Baummann darauf zu antworten hat! — Eine Versammlung deutscher Zeitungsverleger, in der etwa 250 Zeitungen vertreten waren, nahm Dienstag in Berlin einen Antrag an, worin sie sich durchgängig auf den Standpunkt der Petition der Posttarifvereinigung vom 5. April an den Reichstag stellt. Die Diskussion der ersten Lesung im Reichstage habe ergeben, daß die Vorschläge der Vereinigung den einzig gangbaren Weg zur Lösung der Tariffrage zeigten, indem der Abnahme des Preis als wesentlichster Theil der Grundlage zu einem neuen Tarife zu fordern sei. — Militärboykott. Von Sozialdemokraten besuchte Solale werden für die Soldaten verboten. Durch einen Gouvernementsbefehl ist am Montag den Unteroffizieren und Mannschaften der Garnison Berlin der Besuch von fünf Gastwirtschaften in Charlottenburg und einer in Mariendorf verboten worden. Für die Garnison sind jetzt insgesamt 101 Gastwirtschaften gesperrt, wovon entfallen auf Berlin 68, Charlottenburg 20, Schöneberg 4, Groß-Lichterfelde 3, Mariendorf 6, Steglitz 3, Deutsch-Wilmersdorf 1 (Volksgarten) und Friedenau 1. Das Verbot erfolgte fast ausschließlich wegen des sozialdemokr. Verkehrs in den Lokalen. — Die Mitglieder der Samoa-Kommission beabsichtigen, wie „Reuters Bureau“ aus Washington meldet, ungefähr vier Monate auf Samoa zu bleiben und dann zusammen nach Washington zurückzukehren, wo der gemeinsame Schlußantrag abgefaßt werden soll. — Von den jüngst verhafteten Studenten in Petersburg wurden 26 der am meisten compromittirten nach Sibirien verbannt. — Don Jaime, Sohn des Don Karlos, der einem russischen Regiment in Warschau angehörit, ist auf eine an ihn ergangene Aufforderung hin aus dem Anstalt nach Warschau zurückgekehrt. Die russische Regierung bekundet damit, daß sie der zaristischen Agitation keinen Vorschub leisten will.

## Frankreich.

Die Vereinigten Kammern des Kassationshofes hielten Mittwoch Nachmittag unter dem Vorsitz Mazeau's eine Sitzung ab und prüften unter Ausschluß der Öffentlichkeit verschiedene Fragen hinsichtlich des Verfahrens in der Dreifuss-Angelegenheit. — In den Wandelgängen des Justizpalastes war das Gerücht verbreitet, daß der Kassationshof Ende dieses Monats das Urtheil fällen werde.

Das Buchpolizeigericht setzte gestern die Verhandlung in der Angelegenheit der „Ligue de la Patrie française“ fort. Nach der Vernehmung Dubois', eines der Urheber der Liga, beantragte der Staatsanwalt Bouloche die Verurteilung der Angeklagten, sollte aber gleichzeitig ihren Bestrebungen seine Anerkennung. Jules Vemaitre führte seine Verteidigung vor dem Buchpolizeigericht

selbst; er suchte die Begründung und das Vorgehen der Liga zu rechtfertigen. Nach verschiedenen Wandoyers wurden die Angeklagten zu je 16 Frs. Geldbuße unter Anwendung des Gesetzes Brenger verurtheilt.

## Spanien.

Die genauen Wahlergebnisse sind noch immer unbekannt, doch ist es zweifellos, daß die Regierungsmehrheit größer ist, als man voraussetzte. Ueberall wurden die alten verwerflichen Mittel der Wahlmanipulation angewandt. In Tortosa schloß sogar die bewaffnete Macht auf Oppositionswähler. Sozialisten wurden nirgends gewählt. Bis jetzt sind 12 Republikaner durchgekommen, weiter 106 Liberale, Castelar wahrscheinlich nicht, Salmeron ebensowenig. Sagasta und Moret in Margall wurden gewählt. Allgemein sind die Wähler sehr gleichgültig, weil man doch weiß, daß die Regierung die Ergebnisse nach ihrem Geschmack gestaltet.

## Lübeck und Nachbargebiete.

20. April.

Die Vertiefung des Travefahrwassers beschäftigt, wie bereits kurz gemeldet, gestern den Bürgerausschuß. Derselbe beschloß einstimmig, der Bürgerschaft folgende Anträge zur Mitgenehmigung zu empfehlen:

1. Das Fahrwasser der Traue ist nach den Plänen und Erläuterungsberichten des Wasserbau Direktors Meißner vom 25. Dezember 1898 und 4. April 1899 auf 2,5 m zu vertiefen, dergestalt, daß die Wassertiefe a) auf der Brücke auf 2,5 m, b) auf der Straße von der Brücke bis zum Travemünder Hafen und im Hafen umschiff auf 8 m, c) auf der Straße vom Travemünder Hafen bis an die Stadt umschiff auf 7,5 m

gebracht wird, vorbehaltlich der Herstellung einer durchgängigen Wassertiefe von 8,5 m bis zum Jahre 1912.

2. Zugleich mit der Vertiefung sind die in der Vorlage des Wasserbau Direktors Meißner bezeichneten Arbeiten zur Verbesserung des Fahrwassers, insbesondere der Durchlauf zur Vertheilung nach dem großen Aelund, sowie die Herstellung von Schutzvorrichtungen gegen die Verlandung der Brücke und eines Umschlaghafens bei der trummen Insel nach den vorgelegten Plänen zur Ausführung zu bringen. Die Arbeiten zur Herstellung des Umschlaghafens sind so zu fördern, daß bei Errichtung des Elbe-Trave-Kanals ausreichender Schiffsanlegesteg für Anschlagverkehr zur Verfügung steht.
3. Die nach den Kostenschätzungen vom 24. Dezember 1898 und 4. April 1899 auf 4 675 000 Mark berechneten Kosten der unter 1 und 2 bezeichneten Arbeiten, mit Einschluß der durch den Rath- und Bürgerausschuß vom 20. März 1899 in Höhe von 650 000 Mk. bereits bewilligten und vorläufigweise auf den Kapitalsfonds des Staates angewiesenen Kosten der Beschaffung von Vaggon-Einrichtungen sind aus den Mitteln der nach dem Rath- und Bürgerausschuß vom 30. März 1899 aufgenommenen Anleihe zu bestreiten.

„Vorausichtlich noch einige Zeit.“ Durch diese Phrase ist das „halbwegs“ ersetzt worden, das wir so oft bei amtlichen Kundgebungen über die Bahnhofsfraße zu hören gewohnt waren. In der gestrigen Bürgerausschußsitzung richtete Herr Dr. Grotz an die Senatskommissare folgende Anfrage:

Wie weit sind die Verhandlungen zwischen dem Lübecker Staat und der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft zwecks Erläuterung und Uebernahme des Betriebes der Lübeck-Schlutup Eisenbahn durch die letztgenannte Gesellschaft gediehen? und ist Aussicht vorhanden, daß diese Verhandlungen in kurzer Zeit zum Abschluß gelangen, und demgemäß noch im Laufe dieses Jahres mit dem Bau der Lübeck-Schlutup Bahn begonnen werden kann?

Hierauf erwiderte Herr Senator Dr. Eschenburg: Die Verhandlungen mit der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft über den Bau einer Eisenbahn von Lübeck nach Schlutup stehen im engsten Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Umgestaltung der hiesigen Bahnhofsverhältnisse, von denen sie einen integrirenden Theil bilden. Erstrentlicher Weise sind jene Verhandlungen so weit gefördert, daß über alle wesentlichen Punkte ein Einverständnis erzielt worden ist. Die Mittheilung der Pläne der neuen Bahnhofsanlagen an das Reichs-Eisenbahnamt hat noch zu einer Reihe von Umständen geführt, zwecks deren Beseitigung gegenwärtig Erörterungen schweben, deren Erledigung voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Bestreben des Senats ist unausgesetzt dahin gerichtet, die wichtige Angelegenheit zu einem baldigen Abschluß zu bringen, welcher um so dringlicher erscheint, als davon auch das Zustandekommen der für Schlutup hochbedeutenden Eisenbahnverbindung dorthin abhängt. Nach dem Stande der Verhandlungen steht zu hoffen, daß mit dem Bau der Bahn durch die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft noch im Laufe des bevorstehenden Sommers begonnen werden wird.

Die Schuhmacher-Zwangsinnung giebt nunmehr auch dem Amtsblatte Anlaß zu giftigen Ausfällen gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten, welche angeblich diese Institution ihren parteipolitischen Zwecken dienlich zu machen suchen. Wir haben wiederholt betont, daß dies höherer Blödsinn ist. Die Gewerbeordnungsnovelle schließt dergleichen völlig aus. Wohl aber sollte unsern Gegnern bekannt sein, daß die ganze zopfige Innungs-gesetzgebung von vornherein darauf gerichtet war, der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Man warf dem „Mittelstande“ einen Brocken zu, um in ihm sich eine blinde Garde gegen den „Umsturz“ zu sichern, und alle reaktionären Parteien wetteiferten in dem Bestreben, das Ding möglichst so zu gestalten, daß uns ein Niesel vorgehoben würde. Wenn das nicht gelungen ist, so ist das wahrlich nicht Schuld der beteiligten Reichsboten. Noch im Jahre 1898 machte die nationale liberale Partei in Lübeck aus Anlaß der Wahl vor der Innungsschwärmerei eine tiefe Verbeugung. Wenn nun heute sich herausstellt, daß der ganze schwerfällige Apparat nicht das mindeste taugt, wenn die zwangsweise in diese verfehlte Organisation hineinbeförderten Sozialdemokraten energisch opponiren gegen die unnützen Geldausgaben, die ihnen auferlegt werden, so ist das ihr gutes Recht. Sie wissen wenigstens, daß auf diesem Wege das Handwerk sicher nicht gerettet wird. Deshalb also auf ihm weiterwandeln? Und wenn aus ihren Reihen die Anregung hervorging, für den Achtsundentag zu demonstrieren, so war das eine

ungleich vernünftigerer Idee, als die ganze Zwangsinnungsbred! Auch mancher Zimmermeister, der noch den merkwürdigen Titel „selbstständig“ mit sich herumträgt, wäre sich, wenn er mehr Ruhe und Muße haben könnte. Die Sozialdemokratie hat von den Zwangsinnungen keinen Nutzen, das wußten wir längst, sie hat auch nur minimalen Vortheil davon, insofern vielleicht der eine oder der andere Innungsbeamter eines Besseren belehrt und zu anderen Anschauungen belehrt wird. Man hat uns eine Grube graben wollen und ist selbst hineingefallen. So müssen uns alle Dinge zum Besten dienen!

Der Bürgerausschuß bewilligte außer den besonders behandelten Anträgen folgende: 1) der Verwaltungsbekanntmachung für die Ausführung der Vertheilung einer elektrischen Kabelleitung in der unteren Bahnhofsstraße bis zum Hause Nr. 82 1460 Nr. 2) der Inspektion der Senatskanzlei zur Ausführung ihrer Anträge für 1899/1900 Nr. 3443, 41 Nr. 3) der Bürgerschaft gutachtlich empfohlen wurden die Anträge: 1) daß die Verlängerungen der Ludwigsstraße und der Friedensstraße von der Grenze des inneren Bezirkes bis zu der im Bebauungsplan vorgesehenen Straße P nicht den zwischenliegenden Verbindungsstraßen mit Einschluß der Straße P dem inneren Bezirke zugehört, sondern dem äußeren Bezirk zugehört werden, 2) daß das Finanzdepartement dem Kaufmann H. A. H. Kattgen das neben seinem Hause Nummer 24 liegende 640 Quadratmeter große Grundstück überlassen soll, daß Käufer unter Zahlung aller Unkosten 20 Mk. für das Quadratmeter zu entrichten hat und, wie folgt, bauen muß: a. eine einwohne Bebauung des zu erwerbenden Grundstücks darf nur unter Innehaltung einer den Nachbargrundstücken auf dem Güterdamme entprechenden Vorgartenteele, ferner in offener Bebauungsweise mit Rücksicht auf den Verkehr § 19 des Gesetzes, betreffend den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten, vom 15. Juli 1889 vorliegt, und im Billensstyle erfolgen; b. die Bausachen sind von der Veräußerung zu genehmigen. Das Grundstück ist an allen drei an das öffentliche Terrain angrenzenden Seiten mit einer nach dem Ermessen des Vollzweckes anzuordnenden Einfriedigung, nach dem Güterdamme zu mit einem eigenen Mauer, wie dasjenige vor seinem jetzigen Grundstück Nr. 24 zu versehen, und ist solche Einfriedigung zu unterhalten.

**Solhverkauf.** Am Dienstag, den 2. Mai d. J., Nachmittags 2 Uhr, sollen beim Gastwirth H i d e, Israelsdorfer Allee, aus den Forstorten Schwerin, Steinkrug, Neuloppel 80 Stk. Eichen Kuchholzhänne mit 181,28 Fm. öffentlich meistbietend verkauft werden. Spezielle Bezeichnungen liegen auf der Stadtkasse aus.

**Froschmäusekrieg.** Das Amtsblatt greift die „Eisenbahnzeitung“ wegen ihrer Stellungnahme gegen den Wasserbaudirektor H e y d e r und preist letzteren gar gewaltig. Nahezu zwei Spalten werden daran riskirt. Na, der Eid von der Obertrave wird's ihnen schon besorgen!

**Schiffverkehr im Hafen.** Eingelaufen sind in letzter Woche 34 Dampfer, 15 Segler, ausgelaufen 35 Dampfer, 14 Segler, davon 3 bezw. 2 leer oder in Ballast.

**Klappen zu!** An lebendem Vieh wurden in voriger Woche seewärts 7 Kinder — vom J u l a n d e importirt.

**Vom Tage.** Gestohlen wurde angeblich einer Ehefrau ein Portemonnaie mit ca. 4 Mk. Inhalt.

-i- Ein lärmender Auftritt spielte sich gestern in der Engelsgrube ab. Ein Bäckerlehrling war seinem Meister entlaufen und wollte Schutz bei seiner Mutter suchen. Diese empfing ihn aber unsonst und verabreichte ihm auf offener Straße in Gegenwart des Meisters eine gehörige Tracht Prügel. Der Lärm verursachte bald einen großen Auflauf, in dem die liebe Jugend sich durch gewaltiges Gejohle auszeichnete. Erst einem hinzukommenden Schutzmann gelang es, die Menge zu zerstreuen und durch gütliches Zureden den Beirung zu bewegen, zu seinem Meister zurückzukehren.

-i- Die verunglückten Feuerwehrlente befinden sich angeblich auf dem Wege der Besserung, jedoch muß der Zustand des Einen immerhin noch ein recht bedenklicher sein, da seine Mutter dieser Tage zweimal vergeblich Zutritt zu ihm zu erlangen suchte.

**Schiffsunfall.** Nach einem Telegramm der „Frl. Ztg.“ ist das deutsche Schiff „Hosiannah“ westlich von Sylt gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

Ein Ruff-Pavillon soll bei der Forsthalle in Israelsdorf erbaut werden. Der Bürgerausschuß bewilligte hierfür 1200 Mk.

**Hamburg.** Von einem Motorwagen tobt gefahren wurde am Dienstagnachmittag in der Alsterdorferstraße der vierjährige Knabe W e s t p h a l. Den Führer trifft keine Schuld.

**Bismarck.** „Für Besserung?“ Die Strafkammer in Schwerin verurtheilte den dreizehnjährigen Knaben K a r p i n s k y von hier, der erst kürzlich zu 1 Jahr verurtheilt war, wegen eines weiteren geringfügigen Diebstahls zu einer Gesamtstrafe von 15 Monaten Gefängnis. Wir leben anno 1899!!

## Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen werden nicht beantwortet.

H. P., Krummsee. Von Seiten der Expedition werden die Blätter regelmäßig abgefordert. Bescheren Sie sich bei der Post aber die unregelmäßige Zustellung.

## Seeberichte.

- D. „Behr Brahe“, Kapit. Wilfröm, ist am 18. April in Abo angekommen.
- D. „Bore“, Kapit. Bestow, ist am 19. April von Stockholm auf hier abgedampft.
- D. „Mathilde Jäder“, Kapit. S. Schmidt, ist am 19. April in Stockholm angekommen.
- D. „Schiffstücken“, Kapit. Dellgren, ist am 19. April von Karlskrona nach hier abgegangen.

## Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 19. April.

Der Schweinehandl verließ ziemlich flott. Angekauft wurden 430 Stüd. Breite: Verjandtschweine, schwere 46—47 Mk., leichte 46—48 Mk., Sauen 40—43 Mk. und Ferkel 45—47 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Mit ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Silber der Goldboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

**Todes-Anzeige.**

Am Mittwoch Nachmittag 8 1/2 Uhr entschlief nach kurzer aber schwerer Krankheit unsere kleine liebe Karla im Alter von 1 1/4 Jahren. Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern **A. Kleinfeldt und Frau,** geb. Augustin.

**Dankagung.**

Allen denen, die dem Sarg unseres kleinen Hermann so reich mit Kränzen schmückten, sowie Herrn Pastor Nitzsche für seine tröstlichen Worte am Sarge unseres so früh dahingegangenen Sohnes unsern innigsten Dank. **H. Ketter und Frau,** geb. Wöbs.

**Logis zu vermieten**

Reichenstraße 68, parterre.

**Logis für 2 Mann Offenarbe 9.**

Gesucht sofort ein junger Knecht

Hinter der Burg 1a.

Gesucht zum 1. Mai

**ein Hausdiener.**

Näheres Wühlentstraße 40.

Zu sofort

**Frauen zu leichter Feldarbeit.**

Tageelohn 1,40 Mk.

Weinbergstraße 2.

Zu sofort

**Frauen zu leichter Feldarbeit.**

Tageelohn 1,40 Mk.

Friedrich-Wilhelmstraße 2a.

**Zu verk. ein guter Kinderwagen.**

Schützenstraße 21.

Ein kinderloses Ehepaar wünscht ein kleines Kind als eigen anzunehmen gegen Vergütung von 800 bis 1000 Mark. Offerten unter **K K** an die Exped. b. Bl.

Eine gut erhaltene Commode zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter **K K** an die Exped. b. Bl.

**Ein Kinderwagen mit Verbed**

billig zu verkaufen

Melzerstraße 4b.

**Schnoor's Singfutter**

1/2 Pf.-Packt 25 Pfg.

Hinter St. Petri 7

**100 Pfund Magnum bonum-Planzkartoffeln**

abzugeben

Ernststraße 8.

**Kartoffeln**

frisch und saftig, empfiehlt

Sachswehr-Allee 25

Bernhard Grube.

**Er- und Planz-Kartoffeln**

empfehlen

Johs. Russ, Gr. Altesfähre 27.

**Streichfert. Delfarben**

genau nach Muster

solwie

**Zufußboden-Glanz-Öl**

empfehlen in bester Qualität

Hans Fock, Fadenb. Allee 10.

**Folkers' Möbel-Magazin**

25 Mariesgrube 25

empfehlen gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Zur Annahme von Anträgen für die Aachen-Leipziger Feuerversicherung empfiehlt sich

**C. Heinke, Hauptagent,** Biegelstraße 15.

**Visit-Karten**

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

**Achtung!**

Die Electrotechnik ist der wichtigste Beruf der Zukunft und bieten die Unterrichts-Curse der Berliner Speciallehranstalt für Electrotechnik, gehalten vom Director Electrotechniker Frank einem jeden fleißigen Manne eine gute Existenz, schreibt Professor Dr. Krebs.

So wie in allen größeren Städten Deutschlands beginnt auch am Montag den 1. Mai 1899 der Director genannte Anstalt mit einem dreimonatlichen Unterrichts-Cursus in Lübeck. Ausbildung von Electromonteuern, Installateuren, Maschinisten für el. Licht- und Kraftbetrieb und el. techn. Bureau-Beamten. Unterrichtszeit wöchentlich zwei Mal, Montag und Mittwoch von 8-10 Uhr Abends im Unterrichtssaal (Centralhallen).

Es werden nur die für Practiker u. zweckdienlichen Fächer der Starkstromtechnik gelehrt, als: Electricitätslehre, das Installationswesen, die Accumulatoren, die electrischen Maschinen (Dynamos und Motoren, Gleich-, Wechsel- und Drehstrom). Die Transformatoren, die el. Lampen, Instrumente und Meßkunde, die el. Kraftübertragung, die Centralen oder Primärstationen, Kostenanschläge und Projecte, sowie die angewandete Electricität an Bord von Dampfern.

Es bietet sich strebsamen Herren durch diesen Unterricht eine seltene günstige Gelegenheit, sich leicht in einen Beruf einzuarbeiten, welcher von Jahr zu Jahr ungeahnte Fortschritte macht. Am Schluß des Cursus Prüfung und beglaubigtes Abgangszertifikat ev. Stellennachweis. Circa 150 Herren aller Branchen und jeden Alters besuchen gegenwärtig in Hamburg mit größtem Erfolg den Unterricht, einstimmige höchst lobenswerthe Anerkennung der Cursustheilnehmer bezw. der Unterrichtsweise und des ihnen Gebotenen. Keine Vorkenntnisse nöthig, bestbewährte Lehrmethode, für jeden Laien verständlich. Der Unterricht ist practisch gehalten, im zweiten Theil Demonstrationen. Honorar für den Gesamtcurfus 30 Mark, ev. monatliche Zahlung. Nur sich einen Platz zu sichern, beschleunige man die Anmeldung.

Anfragen und Anstufte bereitwilligst.

Director Ingenieur Frank, z. Z. Hamburg, Steindamm 13, II.

1. Vorsitzender des Hamburger Electrotechnischen Vereins.

NB. Die Unterrichtsstufe sind von der kgl. Preuss. Regierung und von hohen staatlichen Behörden genehmigt, da bei denselben ein höheres Interesse der Wissenschaft obwaltet.

Allen jungen Leuten, welche zur Frühjahrszeit zu ihrer weiteren Ausbildung die deutschen Lande bereisen wollen, empfehlen wir:

**Schem's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.**

Dasselbe enthält eine Eisenbahnkarte, sowie eine Orientierungs- oder Straßenkarte und über 2000 verschiedene Reisetouren.

Preis gebunden in Ganzleinen Mk. 1,50.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

**Das Fractions-Bild der socialdemokratischen Partei**

des

**deutschen Reichstags von 1898**

ist wieder vorrätzig und zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

**Grosse Auction!**

Freitag den 21. April, Nachm. 2 1/2 Uhr

in der

**14 Hundestrasse 14**

über: 1 Sopha, Ausziehtisch, Garderobe, Nähmaschinen, Tisch und viele andere Mobilien und Bilder, ferner Tischler sähe, ein großer Posten Feudel, gute Knaben-Kleidung, Schuhwaren, Damenträger, Mantelsetten u. Schleifen, Handschuhe, ca. 30 Päckchen Cigarren, sechs silberne Gabeln mit Stiel, Colonialwaren u. v. u. G. m.

**J. C. B. Schmehl,** Auctionator und Taxator

**Prima Magnum bonum u. Daberische Kartoffeln**

empfehlen zu billigen Preisen

**August Jensen,**

Gartenarbe 21.

**Duroleum** das beste Fussbodenöl der Welt

empfehlen

**August Jensen**

Gartenarbe 21.

**Drahtgeflecht**

von 30 Zentimeter bis 2 Meter Höhe in allen Weiten b. u. v. 15 Pfg. an. Gehegebraut, Stacheldraht

billig bei

Hardenburger Allee 10b. **Carl Buchholz.**

Durch Verhältnisse gezwungen, auf eigene Rechnung zu fabriciren, empfehle

**5 und 6 Pfg.-Cigarren**

und bitte Freunde und Gönner um geneigten Zuspruch.

**L. Schröder, Meierstraße 8a.**

**Einladung zum Ball**

des

**Lotterieverein Travemünde** am Sonntag den 23. April 1899 im „Hotel Germania.“

Besitzer: **Schmahlbau.**

Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Entrée 1 Mark.



**Vorläufige Anzeige. Geschwister Ahlers**

**Original-Affen-Theater und schottländischer Circus**

unter persönlicher Leitung des 80jährigen Altmeisters **A. Ahlers senior** trifft morgen von Kiel kommend hier ein und wird

kommenden Sonntag den 23. d. M. auf dem Burgfelde

in eigens erbauten Etablissement mit seinen Vorstellungen beginnen.

Vorführung von vierfüßigen Künstlern, als: Affen, Hunde, Flegeln und schottl. Pomm. Außerdem Auftreten von Specialitäten 1. Ranges, Damen und Herren.

Alles Nähere durch Aushangzettel.

**A. Focka, Geschäftsführer.**

**TIVOLI**

Sonntag den 23. April. 2. große Ensemble-Gastspiel-Vorstellung. Neu! Zum 1. Male. Neu!

**Toll toller am tollsten!!**

Große Poffe in 3 Abtheilungen von Franz Müller. Vorher:

**Ein weisser Othello**

oder **Ein bengalischer Tiger.** Schwanke in 1 Aufzug von Molnau.

Fremdenloge 1,50 Mk., Loge 1 Mk., Parquet 75 Pfg., 1. Platz 60 Pfg., Parterre 50 Pfg., Balkon 40 Pfg. Billetverkauf im „Tivoli“ Sonntag von 11 Uhr an

Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Der eiserne Besen.

iv. Die Säbelträger des französischen Generalstabes sind mit einemmal ganz still geworden. Die Veröffentlichung der Protokolle des Kassationshofes im „Figaro“ hat ein wohlgetroffenes Porträt eines jeden einzelnen dieser traurigen Soldaten geliefert. Man weiß nun auch ganz gut, warum der Staatsstreich, der eine Zeitlang wie ein Damoklesschwert über dem Haupte der Republik hing, nicht erfolgt ist. Diese Offiziere haben weder den Muth, noch die Fähigkeit, einen Staatsstreich zu machen. Denn wenn man auch den militärischen, mechanischen, geographischen und funktionirenden Apparat in der Hand hat, so gehört immer noch viel Muth und Geschicklichkeit dazu, das Verbrechen eines Staatsstreiches zu vollenden, und ein einziger Fehler kann leicht bewirken, daß das ganze Unternehmen in das Gegenteil des ursprünglichen Zweckes umschlägt und seinen Urhebern den Garau macht. Nein, von diesen Generalstäblern ist kein Staatsstreich zu befürchten — in alle Zukunft nicht. Denn sie sind nunmehr mit dem Fluche der Verächtlichkeit und Verächtlichkeit zugleich beladen, und es wäre das Beste, wenn sie sofort abhandeln. Daß sie das nicht thun, kommt daher, daß sie immer noch auf die Schwäche und Malsicht der Regierung, der Herrn Dupuy und Freycinet, rechnen.

Herr Dupuy hat zwar gesagt — und mit vielem Nachdruck gesagt — wenn der Kassationshof die Schuldigen in Bezug auf die Affaire Dreyfus erst festgestellt habe, dann werde er „ohne alle Schwäche und Malsicht“ gegen sie vorgehen. Das klingt sehr schön; allein da es Herr Dupuy ist, der so spricht, so muß man die hohe Gelübde mit recht viel Vorsicht aufnehmen. Möglich allerdings, daß Herr Dupuy wirklich Muth und Entschlossenheit bekommen hat, nachdem er wahrgenommen, mit welcher kläglichen Gegnern er es zu thun hat. Zur Zeit, als man den Staatsstreich fürchtete, diente sich Herr Dupuy vorsichtig, wahrscheinlich um einer neuen Situation auch gerecht werden zu können. Solches Schicksal in die Lage nennt man „Staatsmännisch“; wir nennen es charakterlos. Aber der moderne Staatsmann im Sinne unserer herrschenden Klassen muß es ja als die höchste Leistung seiner Kunst betrachten, sich „regierungsfähig“ zu sein.

Doch dem sei, wie ihm wolle — es ist gut, daß die Gefahr des Staatsstreiches nicht vorhanden ist. Denn wenn die dritte Republik auch von einer verfaulten Bourgeoisie mit dem Schlamm einer stinkenden Korruption bedeckt worden ist, so liegt es doch nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, diesen Schlamm hinwegzufegen und die republikanische Form wieder blaulich erscheinen zu lassen. Ja noch mehr; die Gelegenheit wäre sogar günstig, um den Militarismus hinwegzufegen oder den Druck desselben von dem Nacken des französischen Volkes zu nehmen, das so eifrig für seine politische Freiheit gekämpft, so viele Opfer für dieselbe gebracht und sich in der endlich erreichten Republik von Neuem einer Säbelherrschaft gegenüber gesehen hat.

Das Urtheil des Kassationshofes kann nur gegen die Generalsstäbler ausfallen. Befehle dann Frankreich eine wahrhaft demokratische Regierung und eine ebenso demokratische Volksvertretung, dann könnte nicht zweifelhaft sein, was zu geschehen hätte.

Da wäre die Gelegenheit am Schopfe zu nehmen. Alle die gebrandmarkten Generalsstäbler, die jesuitischen Generale und die jedem Präsidenten für reichlichen Sold zu Dienste stehenden höheren Landstrichter müßten aus der Heeresleitung entfernt werden. An Stelle der bisherigen militärischen Hierarchie hätte dann eine demokratische Wehrverfassung zu treten, ein volkstümliches Heer, wie es zum demokratischen Staate allein paßt, das nicht stets als ein drohender Feind jeder freirechtlichen Entwicklung im Wege steht. Das zu erreichen wäre heute, nach der neuesten Wendung, welche die Dinge in Frankreich genommen haben, ganz gut möglich, und es könnte sonach aus all dem Stande der Verwirrung und der Blamage der letzten Zeit immer noch ein großer Schritt zum Besseren hervorgehen, von unendlicher Bedeutung für die innerpolitische Entwicklung des Landes.

Also — es ginge wohl, aber es geht leider nicht. Denn wenn eine solche Umgestaltung unternommen werden soll, so gehören auch die entsprechenden Leute dazu, und die sind leider nicht vorhanden. Sie sind weder in der Regierung, noch in der Volksvertretung. Herr Dupuy hat gesagt, er wolle sich auf eine republikanische Mehrheit stützen. Das ist eine bedeutungslose Phrase; denn um sich heute in Frankreich „Republikaner“ zu nennen, dazu braucht man nicht mehr, als man in Deutschland braucht, um sich „gemäßigt liberal“ zu nennen. Fast alle die Korrupten nennen sich in Frankreich Republikaner; einige stehen sogar ziemlich weit links. Aus der Ankündigung des Herrn Dupuy geht hervor, daß er seine Politik der Zweideutigkeit und Rechnungsverfälschung fortsetzen will, das heißt, daß er eben auch zu jenen Staatsmännern gehört, die ihr Regierungssystem nicht nach den Anforderungen der Wahlkraft des Landes gestalten, sondern nur von dem Gesichtspunkt aus regieren, ihre werthe Person möglichst lange im Amte zu erhalten.

Mit der Einführung einer demokratischen Wehrverfassung aber müßte namentlich auch der Augiasstall der eigentlichen Heeresverwaltung ausgemistet werden. Bekanntlich werden auch in Frankreich leider zahlreiche Staatsämter als „Beute“ vertheilt, wenn eine Richtung zum Siege und an's Ruder gelangt ist. Die „republikanische“ Bourgeoisie betrachtet die Staatsverwaltung als eine große Verborgenschaft für sich und ihre Familien und es ist bekannt, daß die verschiedenen Regierungen in Frankreich eine große Zahl von sonst ganz überflüssigen Beamten und Stellen nur zu dem Zwecke geschaffen haben, um ihre Künslinge und die Künslinge darin unterzubringen. Da giebt es „Bureauchefs“ und „Souschefs“ (Unterchefs) aller Art, die als pure Schmaroger am Körper der Republik saugen und die, wie schon oftmals berechnet worden, dem Staate alljährlich große Ausgaben verursachen. Die Regierungen haben dies Schmarogertum in seinen Stellungen belassen, um sich eine gefügige Anhängererschaft zu sichern.

Da müßte mit eisernem Besen ausgekehrt werden. Aber dieser eiserne Besen kann weder aus der Regierung noch aus der Volksvertretung kommen. Herr Dupuy und die „Republikaner“ werden sich wohl hüten, das Schmarogertum aus der Civil- und Militärverwaltung zu entfernen; es ist Fleisch von ihrem Fleisch. Und so wird es im Ganzen vorläufig bleiben, wenn auch Herr Dupuy, um seine Volkstümlichkeit zu vermehren, einige stark kompromittirte Generalsstäbler „springen“ läßt, was ja auch

noch nicht einmal sicher ist. Und da kann man sich bei der Befürchtung nicht erwehren, daß eines schönen Tages die Generalsstäbler wieder frech werden, wenn sie sich mit ihnen es zu thun haben.

Aber die Plagierer der gegenwärtigen Verhältnisse in Frankreich können auf keine Stabilität derselben rechnen. Das französische Volk wird aus den Wirren des letzten Jahre verschiedenes gelernt haben. Es wird das gelungene, seine Volksvertretung neu zu formiren, eiserne Besen, mit dem der große Augiasstall ausgekehrt werden kann, ist in den Händen der Arbeiter, so wie diese nur wollen. Wenn sie wollen, so gehört sie ihnen die demokratische Republik, wenigstens zum größten Theile; sie können das erobern auf dem ganz einfachen und legalen Wege des Stimmrechts. Und je eher sie wollen, desto besser!

## Soziales und Parteilieben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Ausstand der Sammetweber in Krefeld dauert fort. Der Christliche Verband hat in einer Versammlung erklärt, die Vorschläge der sozialen Kommission anzunehmen, doch lehnt die beiden anderen Textilarbeiterorganisationen dies ab. Ein Uneinigkeit unter den Streikenden wird durch das Verhalten des Christlichen Verbandes nicht herbeigeführt werden. In Blankenburg a. S. dauert der Streik der Bauarbeiter unverändert an. Ausständig sind 128 Gesellen, von denen 45 abgereist sind. 25 Arbeitswillige arbeiten. Die Haltung der Streikenden ist gut. Der Streik ist finanziell gesichert. Wenn Bezug streng vermindert wird, kann der Streik nicht ausbleiben. — Der Nürnbergger Tapeziererstreik ist zu Gunsten der Gehilfen beendet. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden mit Ausnahme dreier Geschäfte, die auch ferner von den Kollegen gemieden werden. — In Arnstadt wurde auch der Streik der Zimmerer auf gütliche Weise beigelegt; ebenso wurde in Mannheim die Lohnbewegung der Dachdecker durch gemeinsame Vereinbarung zwischen Meistern und Gehilfen beendet. Dagegen legten in Mannheim 80 Bauarbeiter nach vorausgegangener Kündigung die Arbeit nieder. — In Braunschweig und Frankfurt a. M. sind die Maler und Lackierer in den Ausstand getreten. In letzterer Stadt sind gegenwärtig 1200 Maler und Weisbinder ausständig. — Der Streik der Dresdener Schmiede dauert fort. — Bezug von Müllern und Mühlenarbeitern nach der Feitner'schen Kunstmühle, Anhalt-Neuberg-Leipzig, ist fernzuhalten. — Die ausgeperrten Weber und Weberinnen in Reichenbach (Schlesien) halten nach wie vor fest zusammen. Sie hoffen auf vollständigen Sieg, wenn ihnen genügend Unterstützung zu Theil wird. Die Fabrikanten kolportirten bereits das Gerücht, daß der Streik beendet sei und die nöthigen Betteilnehmungspraktisch einlaufen. Dem gegenüber muß betont werden, daß diese Hoffnungen gänzlich zu nichte geworden sind. Ausständig befinden sich gegenwärtig 1000 Mann; es wird auf baldige, reichliche Hilfe gerechnet. Geldsendungen sind an Richard Müller in Reichenbach in Schlesien, Uferstraße 46 zu richten. — Die Schuhmacher in Döbeln sind zu einer Lohnbewegung eingetreten. Sie haben den Meistern einen Lohnantrag übergeben, der von diesen aber als zu hoch abgelehnt worden ist. Die Meister beschloßen aber, durch Aufstellung eines neuen Lohnantrags ihr Entgegenkommen zu bekunden und den Versuch einer Einigung zu machen. — Der Mitte voriger Woche ausgedrohte Ausstand der Bauarbeiter in Karlsbad ist Montag durch Beilegen beigelegt worden. In drei Arbeiterversammlungen wurde beschloßen, Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen. (Wie nachträglich gemeldet wird, hat der größte Theil der

## Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

Erster Band.

Nachdruck verboten.

Erstes Kapitel.

Wer von Stanislaw im Waggon der Demberg-Zernowitzer Bahn gegen Südost fährt, den schifflichen Ufern des Pruth und den Buchenwäldern der Bukowina entgegen, dem liegt zur Linken immer dasselbe Bild; die unermeßliche Ebene, an welcher die Jahreszeit nur die Farben ändert, nicht die Contouren; weißglänzend liegt sie im Winter, gelbschimmernd im Sommer, in Frühlings- und Herbsttagen bräunlich-saß. Zur Rechten aber schiebt sich dem Reisenden fast bei jeder Umkehrung der Achse ein neues Bild vor die Augen; merkwürdig jäh und rasch wächst ihm da das Waldgebirg der Karpathen entgegen, anfangs nur wie eine dunkle Linie, räthelhaft in das Blau des Horizonts eingezzeichnet, dann wie abenteuerlich geballtes, aufsteigendes Sturmgewölk, bis nach geringer Zeit denn doch der Bergzug erkennbar wird, aber noch weit, sehr weit, verschwimmend im bläulich oder röthlich angehauchten Dunst der Ferne. Wer hier sein Auge losreißt, eine Weile auf die Ebene hinausblinzt mit ihren grauen Hüften, dürftigen Aedern, fahlen Heiden, und sich dann wieder zur Rechten kehrt, dem wird eine überaus reizvolle Ueberraschung: die erst so fernen Berge stehen dicht vor ihm, stolze, ernste Rieseln, ewig grün im Kleide ihrer Tannen. Im Bergwald rauscht der Wind, durch das nadelige Geäst und schlägt dem Reisenden den berausenden Harzduft entgegen; über festes Geklüft brausen die eiskalten, demantklaren Bergwasser zu Thal und stürzen schäumend im künstlichen Bette dahin, das man ihnen längs des Bahndammes gegraben, und in dem schmalen, blaugoldigen Luftband, welches über den Ästen, tiefen Thalschluchten fließt, kriecht langsam der große, braune blutgierige Falke der Karpathen. Das Herz des Bergwaldes liegt dem Blicke ge-

öffnet, aber die Pracht dauert kurz, nur wenige Athemzüge. Denn eigenartig wendet sich nun die Bahn in schroffer Biegung nach Osten und rechts und links liegt bald dem schifflich aussehenden Auge bloß die traurige Ebene. Eine Krümmung des wilden Pruthflusses hat es notwendig gemacht, daß der Schienenstrang just die Stelle der Landschaft durchschneidet, wo sich Gebirg und Ebene so jäh, so unvermittelt berühren, wie Haß und Liebe in der Menschenbrust.

Diese Stelle — sie liegt zwischen der hligen Kreisstadt Kolomea und dem armen Judenstädtchen der Ebene, Zabloten, was zu Deutsch bezeichnend genug: „Hinter den Rothlachen“ bedeutet — gehört zum Gebiete des Dorfes Zulawce. Doch sind die Hütten vom Waggonfenster nicht sichtbar, sie bedecken, etwa eine Stunde entfernt, die östliche Abhang des mächtigen, prächtigen Gebirgsstocks. Es sind dürftige, strohgedeckte Hütten, wie man sie überall im östlichen Galizien findet, auch die Kirche und das Jagdcafé der Herrschaft vermögen kaum den Blick zu fesseln. Um so reizvoller ist die Lage des Dorfes. Wer vom Pruth kommt, erreicht, ohne zu klimmen, die ersten Hütten, und wenn er zur letzten emporgestiegen, liegt das Tiefland vor ihm ausgebreitet: weit, weit, gelbe Saatsfelder, grüne Wälder und lichtbraunes Heidefeld, eingefast von dem breiten Silberbunde des Pruth zu seinen Ufern und dem schimmernden Fäbchen der Czerniawa, welche sich, drei Meilen von hier, trägt durch die Ebene schlängelt. Aber auch darüber hinaus fliegt der Blick, so weit des Auges Sehkraft reicht; eine andere Grenze ist ihm nach Norden nicht gezogen.

Nach Osten bietet sich ein grundverschiedenes und noch schöneres Landschaftsbild: das üppig bewaldete Hügelland der Bukowina, welches sich sachte und staffelförmig aufbaut aus der tiefgeriffenen Thalsohle des Czernoz. Das ist von diesem Dorfe fast märchenhaft anzuschauen, wie eine riesige Treppe, welche von der Erde emporwächst in den Himmel hinein; denn die höchsten Kuppen sind schon so fern, daß sie mit dem Blau des Himmels in Einsverschimmen.

Nach den beiden anderen Richtungen aber, nach West und Süd, steht dem Blick der „Welki Lys“, der ungeheure Bergwald, welcher Galizien von Ungarn scheidet, tiefgrau, düster, das Herz beklemmend durch seine unsäglich Einförmigkeit. Es giebt keinen Ort im Umkreis der Karpathen, der gleich Wechsel der Landschaftsbilder bietet.

Aber auch in anderer Hinsicht ist das Dorf Zulawce einzig; die Verhältnisse sind geordnet wie im Flachlande, die Leute jedoch zeigen bereits Sitten und Eigenart der Bergbewohner, der „Zulawce“. Dieses eigenthümliche Völkchen wird gewöhnlich, der gemeinsamen Sprache wegen, der Ruthenen beigezählt, aber Ursprung und Lebensbedingungen sind verschieden und darum auch Typus, Brauch und Charakter. Der Zulawce ist ein Mischling, in dessen Adern sich das slavische Blut der Ruthenen und das mongolische des Lizen vereint hat; an das erstere mahnt die Sprache an das letztere der Volksname und die kühntrügige, welche sich unter dem Schein kühler Gemessenheit birgt, aber plötzlich emporlodert, wie der Fella die Schneedecke durchbricht. Der Ruthene der Ebene hingegen ist ein reißbittiger Slave, darum ist er fleißig, jäh und geduldig, schwer zu flammen, dann jedoch stetig fortlobernd. Aber diese Tugenden stehen auch böse Laster entgegen: dumpe, stumpfe Rohheit und tiefe Demuth, welche den Unterworfenen das Haupt tiefer beugen läßt, als er muß. Freilich hat äußere Ungemach die schlimmen Triebe dieser Volksseele gemildert, der Ruthene war durch Jahrhunderte der Leibeigene, durch Jahrzehnte der Unterthan des polnischen Schladzigen, völlig rechtlos, nicht einmal im Leben geschätzt, geschweige denn im Tode, ohne jegliche geistige Unterweisung, bei unerquicklicher geistlicher Führung. Nur dieses Letzte waltete auch bei den Zulawce; im Uebrigen lebten sie frei in ihren Bergen, keinem Abeligen, keinem Vogt der Krone unterworfen, kümmerlich genug fristete sich das Leben im Bergwald, das Schaf giebt Milch und Käse, der harte Boden giebt etwas Hafer für kaum genießbares Brod; wer Branntwein trinken will, muß vorher sein Leben einsehen, den Haren

beiter die Arbeit wieder aufgenommen.) — Der Aus-  
 and der Bauarbeiter in Budweis und in der  
 gegend dauert an. — Der Konflikt bei den ver-  
 Brauereien in Kopenhagen ist dadurch  
 schlichtet worden, daß der Direktor freiwillig sein  
 lassungsgehalt eingezogen hat, das die Aktiengesellschaft  
 schlichte „unter Anerkennung seiner Verdienste“. In  
 1891 sind Dienstag früh 300 Arbeiter, welche bei den  
 Arbeiten beschäftigt werden, in eine Lohnbewegung  
 getreten. Ueber den Kohlenarbeiterstreik in  
 (Sicht sich Wolf drachten: Am Kohlenbeden  
 arbeiter am Dienstag Vormittag 2000 Mann aus-  
 stand. Gewandarmen und Jäger zu Fuß patrouillieren im  
 Stadtgebiete. Im Vassin Centre begann, einer Meldung  
 Souvere zufolge, der Ausstand ebenfalls. Bis jetzt  
 über 1000 Mann die Arbeit nieder. In den Gruben  
 von Miltich und Charleroi, sowie im Centrum des  
 hlandens ist die Lage des Ausstandes wenig verändert.  
 dem Vassin von Mons waren 10000 Arbeiter aus-  
 andig. Man glaubt, daß im Beden von Mons der Aus-  
 and ein allgemeiner werde. Ueberall herrscht die größte  
 Ruhe.

**Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes** zeigt nach  
 den neuesten Berichten der (58) Arbeitsnachweis-Verwal-  
 tungen eine Situation, wie sie bisher noch niemals beob-  
 achtet worden ist. Bei den 58 Verwaltungen, welche über  
 den Monat März in der Berliner Zeitschrift „Arbeitsmarkt“  
 vergleichbare Daten veröffentlichten, kamen auf 100 offene  
 Stellen diesmal nur 89,3 Arbeitssuchende, d. h. direkter  
 Arbeitermangel! Und wenn auch dieses Verhältnis  
 nur durch die wesentlichen Abteilungen in so hohem Grade  
 verbessert wird, so zeigen doch auch die männlichen Ab-  
 teilungen nur das äusserst knappe Verhältnis von 100,5  
 Arbeitssuchenden auf 100 ausgetretenen offenen Stellen (gegen  
 14,8 männliche Arbeitssuchende in dem entsprechenden auch  
 von sehr günstigen Monat des Vorjahres). Die äusserst an-  
 gespannte Berg- und Hüttenindustrie, die trotz aller gegen-  
 seitigen Verträge in Deutschland im großen und ganzen sehr  
 abwärts fortschreitende Bauhüttenindustrie, die zahlreichen Schneid-  
 werke im Bekleidungsgebiete sowie die Anforderungen, die  
 die Landwirtschaft an die Arbeitsnachweise stellt, haben  
 dieses Ergebnis gezeitigt. Im einzelnen weisen im Vergleich  
 zum März vorigen Jahres 40 (+ 2 ausländ.) eine Ab-  
 nahme und nur 14 (- 2 ausländ.) eine Zunahme des An-  
 trages, während bei einem (Erwartung) das Verhältnis gleich  
 geblieben ist. — Abnahme: Breslau, Frankfurt a. O.,  
 Berlin, Kiel, Hamburg, Quedlinburg, Hannover, Danabritz,  
 Hildesheim, Hörde, Essen, Elberfeld, Düsseldorf, M.-Gladbach,  
 Lachen, Kreuznach, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Heidel-  
 berg, Bahr, Freiburg, Offenburg, Schopfheim, Karlsruhe,  
 Mannheim, Konstanz, Stuttgart, Kempten, Esslingen, Lud-  
 wigshafen, Neustadt, Göppingen, Heilbronn, Ravensburg,  
 Ulm, Würzburg, Nürnberg, Augsburg, München. — (Wärm,  
 Prag.) Zunahme: Polen, Riedorf, Halle a. S., Münster,  
 Dortmund, Pöhl, Frankfurt a. M., Gießen, Worms, Kaiser-  
 lautern, Straßburg, Mühlheim, Forstheim, Kärth. — (Vern,  
 Winterthur.)

**Mailiteratur.** Auslässlich der bevorstehenden Mailster-  
 feier im Verlage von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart  
 haben erschienen: *Matendämmerung*. Zeugnisse  
 von Andreas Schen. Das Buch ist in elegantem far-  
 bigem Umschlag gut gebunden zum Preise von 1 Mk. durch  
 alle Buchhandlungen und Volapücker zu beziehen und  
 bedarf keiner weiteren Empfehlung. Der Name Schen bürgt  
 für seinen Wert.

**Warnung.** Die Parteigenossen und namentlich die  
 Vertrauenspersonen werden hiermit vor einem jungen Manne,  
 angeblich Kaufmann und früher Redakteur der „Völkland-  
 lichen Volkszeitung“ in Falkenstein, Igerau. Derselbe will  
 sich auf der Flucht befinden und sucht zum weiteren Fort-  
 kommen das Mitleid der Vertrauenspersonen und Partei-  
 genossen zu erwecken. Während er dem Dresdener Ver-  
 trauensmann mittheilte, er wolle nach Belgien, hat er einem  
 anderen Genossen, den er auch noch um Geld beschwindelte,  
 erzählt, er wolle nach Frankfurt a. M. Die Genossen seien  
 deshalb vor diesem Schwindler, der Karten auf den Namen  
 Schumann bei sich führt, gewarnt.

**Aus Nah und Fern.**

**Kleine Chronik.** Die Königsberger Mord-  
 sache Rosengart hat nunmehr einen interessanten  
 Schluß gefunden. In dortigen Blättern war dieser Tage

leser: „Als Vermählte empfehlen sich: Paul Wolff,  
 Referendar a. D., und Frau Johanna, verw. Frau Guts-  
 bester Rosengart, geb. Adamell. Högershof, den 17. April  
 1891.“ Ein bestialisches Verbrechen hat das  
 Dienstmädchen Elisabeth Th. bei Schweg (Westf.) verübt.  
 Sie legte ihr neugeborenes lebendes Kind in eine Strippe,  
 in welcher das Futter für die Schweine zerhackt wird, ergriff  
 das hierzu dienende Stoffchen und bearbeitete das kleine  
 Wesen damit, bis das Leben entfloß. Da die Absicht der  
 Kindesmörderin, den Körper vollends zu zerstampfen, um ihn  
 den Schweinen zum Fraß vorzusetzen, mit dem stumpfen In-  
 strument nicht auszuführen war, warf sie die zum Theil zer-  
 stückte Leiche in den Abort. Nach Hinterlassung großer  
 Schulden ist in Hannover der Baumärkermeister W. Vips  
 ausgedrückt. Viele Handwerker sind geschädigt. Der  
 Hund des Leutnants. Die tragikomische Geschichte  
 von dem Offiziershund, der bei Minsk eine Schafherde  
 aufführte und vom Schäfer erschlagen wurde, weil  
 der Leutnant vor Lachen keine Zeit fand, ihn zurückzuru-  
 hat nun auch das Krausfurter Oberlandesger-  
 richt beschuldigt, und Präsident Dr. Hagenau führte selber  
 den Vorfall. Die Revision des zu 30 Mark Geldstrafe  
 verurtheilten Schäfers Hölzer wurde abgewiesen. Ge-  
 sei durch die Vorberichter festgestellt, daß der Hund sich  
 bereits außerhalb der Herde befunden habe, als ihn der  
 Schäfer schlug. Es habe kein Angriff mehr vorgelegen, folg-  
 lich auch keine berechtigte Nothwehr. Im Distriktsranken-  
 hause zu Dettelbach in Unterfranken sind bei zwei  
 dort als krank aufgenommenen landwirthschaftlichen Arbeitern  
 die Vlaternen ausgebrochen. Die beiden Arbeiter sind  
 junge Leute aus Russisch-Polon, sogen. „Sachien-  
 gänger“, und alsbald nach ihrer Ankunft erkrankt. Weitere  
 Erkrankungen sind bis jetzt nicht vorgekommen. In  
 Wiesbaden befinden sich 34. nicht weniger als 152  
 Marktmiethäre wohnhaft. Im vergangenen Jahre  
 waren „nur“ 128 gezählt worden. Eine amtliche Fe-  
 pesche, welche in Paris eingetroffen ist, bringt die Meldung  
 von einer großen Feuerbrunst in Pointe  
 a-Pitre auf Guadeloupe. 500 Häuser und Hütten  
 stehen in Flammen. Das Feuer ist noch nicht gelöscht.  
 Ein Unglücksfall ereignete sich am Dienstag früh in  
 Cagliari. In dem Augenblick, als der König und die  
 Königin von Italien unter Kundgebungen der Bevölkerung  
 nach Sassari abreisen wollten, brach das Geländer  
 einer Terrasse ab, auf welcher sich die Zöglinge des  
 Lehrerin-Seminars befanden. Die Letzteren stürzten  
 herunter, 14 sind verletzt, einige davon schwer; ein  
 Lastträger wurde getödtet. — Schauerlicher  
 Fund. Im Güterschuppen des Broadstreetbahnhofes zu  
 Chiswick (England) wurde eine Kiste mit der Leiche  
 einer Frau und zwei Kindern gefunden.  
 Die Kiste war adressirt nach Belgien und wurde sofort in  
 die Leichenhalle geschafft und die Untersuchung eingeleitet.  
 Eisenbahnunglück. Ein Personenzug ent-  
 gleiste am Sonntag auf der Burlington-Eisenbahn bei  
 Sheridan, Wyoming (Nordamerika), und stürzte in einen  
 ungeheueren Strom. Sechzig Passagiere ertranken.  
 — Ein großer Präriebrand brach am Donnerstag  
 in Nebraska aus. Ein Gebiet von 30 Quadratmeilen  
 bildete eine Flammenmasse, und viele Viehhütten wurden  
 eingeschmelt, wobei viele Aender und Schafe umkamen. Man  
 hegt Besorgnisse für die Sicherheit der Farmer. Ein  
 Elektrotechniker, Hutchison in Mobile, Alabama,  
 hat angeblich ein Werkzeug erfunden, das Taube in  
 den Stand setzt, zu hören. Sein Apparat besteht  
 im wesentlichen aus einer kleinen elektrischen Taschenbatterie,  
 die mit einem sehr verwickelten Werkzeug in Verbindung  
 steht. Die Versuche ergaben, wie es heißt, daß Taube auf  
 große Entfernungen deutlich Müll und Sprechen  
 hören und auf gestellte Fragen Antwort geben konnten.

**Einer vom „Klub der Harmlosen“ vor Gericht.**  
 Vor dem Berliner Landgericht standen am Freitag vor  
 acht Tagen Graf von und zu Egloffstein,  
 Leutnant a. D., und seine Genossen, der Makler Henry  
 Schachtel und der Stallmeister Herbert Dietel.  
 Schachtel wird der wiederholten Untreue und Unterschlagung,  
 Dietel der Anstiftung und Beihilfe zum Betrüge, von Egloff-  
 stein des Betruges in zwei Fällen beschuldigt. Es handelt  
 sich um verwickelte Geldgeschäfte, bei denen die Angeklagten  
 in verschiedenen Rollen theilhaft sind. Sie verschafften auf  
 Wechsel Geld und gaben mehrmals die Gelder nicht abge-  
 liefert haben. v. Egloffstein hat außerdem einmal einem  
 Schlächtermeister, dem er fälschlich als noch aktiver Offizier

vorge stellt wurde, vier Bogen verkauft, die er gar nicht  
 besaß und sich eine Anzahlung geben lassen. v. Egloffstein  
 soll damals schon 75 000 Mark Schulden und eine Jahres-  
 rente von 3000 Mk. gehabt haben. Die Angeklagten suchten  
 sich in der Verhandlung herauszureden und sich gegenseitig  
 zu belasten. Die Vertheidigung v. Egloffsteins suchte nach-  
 zuweisen, daß dieser nicht gewußt habe, daß ein ihm von  
 Schachtel gegebener und von ihm verwendeter Wechsel, den  
 er diskontirt hat, den Betrag verwendete er für sich, weil  
 er Forderungen an Schachtel gehabt und Provision für die  
 Diskontirung zu verlangen hätte, nur zur Geldbeschaffung  
 für einen Dritten dienen sollte, der noch gar kein Geld  
 darauf erhalten hatte. Die Anlagebehörde wollte dagegen  
 nachweisen, daß v. Egloffstein den Charakter des Wechsels  
 sehr wohl gekannt habe und ein Reuge bekundete das auch  
 ausdrücklich. Weiter versuchte die Vertheidigung nachzuweisen,  
 daß der Wagenverkauf nur ein Scheinakt gewesen, nur die  
 Form gewesen sei, unter der der Schlächtermeister verbergen  
 wollte, daß er dem Offizier ein Darlehen gab; der  
 Schlächtermeister stellte das jedoch entschieden in Abrede,  
 worauf die Vertheidigung sich bemühte, glaubhaft zu machen,  
 daß die Wagen vorhanden gewesen seien. Auch sei der  
 Schlächtermeister nicht geschädigt worden. Der Staats-  
 anwalt beantragte gegen den Angeklagten Schachtel 2 Jahre  
 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Dietel  
 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen den  
 Grafen v. Egloffstein 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre  
 Ehrverlust. Das Urtheil wurde erst Montag, den 14. d.  
 Ms., verkündet. Das Gericht verurtheilte den „harm-  
 losen“ Grafen wegen Betruges in 2 Fällen zu 9 Monaten  
 Gefängnis. Der Gelbmattler Schachtel erhielt wegen Unter-  
 schlagung und Untreue in 2 Fällen 1 Jahr 3 Monate Gef-  
 ängnis und 2 Jahre Ehrverlust, der Stallmeister Dietel  
 wegen Betrugsbeihilfe 4 Monate Gefängnis und 1 Jahr  
 3 Monate Ehrverlust. Graf Egloffstein wurden je 2 Monate Unter-  
 suchungshaft angerechnet.

**Die gefoppte Polizei.** Mehrere Bogen Postpapier,  
 aus denen ab und zu ein rother Stoff veräberlich  
 hervortrat, wurde am Tage der Ankunft des aus dem  
 Zuchthaus entlassenen Genossen Meyer von mehreren Ge-  
 nossen in der Stadt Bochum spazieren geführt und er-  
 regte „berechtigtes Aufsehen.“ Was konnte das natürlich  
 anders sein als ein Kranz mit der staatsgefährlichen rothen  
 Schleife? Und richtig, fast die gesamte Bochumer Polizei  
 kam auf die Beine, um im geeigneten Momente das Vater-  
 land zu retten. Als der Zug, mit dem Genosse Meyer an-  
 kam, im Bahnhof einfuhr, war denn auch der große Augen-  
 blick da. Zu dem üblichen, höflichen Schuhmannstou wurde  
 verlangt, die rothe Schleife solle von dem Kranz  
 entfernt werden, sonst! Das war natürlich beim besten  
 Willen nicht möglich, weil aus ein paar Makulaturbogen  
 und einem rothen Stück Pantoffelfutter auch die Sozialdemo-  
 kraten, so viel sie sonst vermögen, keinen Kranz mit einer  
 rothen Schleife machen können. Das Kunststück unterblieb  
 also. Deshalb hielt es aber die wohlwollende Polizei für  
 ihre Pflicht, auch vom Bahnhof aus die „Kranzträger“ durch  
 die ganze Stadt im Auge zu behalten. Sie war höchst be-  
 friedigt, als sie so die vermeintliche Demonstration verhindert  
 hatte und ahnte gar nicht, was für Aende sie den Bochumer  
 Genossen bereite.

**Fräulein Professor.** Zum ersten Mal ist in Preußen  
 neben einer Dame der Professoritel verliehen  
 worden. Wie die amtliche „Verl. Korresp.“ meldet, ist der  
 Direktorin des Schleswig-Holsteinischen Museums vater-  
 ländischer Alterthümer zu Kiel, Fräulein Johanna  
 Meistori, das Prädicat „Professor“ beigelegt worden.  
 Die solchermassen ausgezeichnete Dame, die sich um die  
 Pflege der heimathlichen Alterthumsforschung reiche Ver-  
 dienste erworben hat, feierte vor kurzer Zeit ihren 70. Ge-  
 burtstag.

**Auf der Suche nach Andree.** Martin, der bekann-  
 tlich nach Sibirien gereist ist, um nach Andree zu suchen,  
 telegraphirte am Professor Nordenskjöld in Stockholm: Kras-  
 nojarsk, Sonntag. Ich war im sibirischen Urwalde Taigan,  
 die Wege sind unfahrbar, ich traf keine Tungusen. Dem  
 ersten Andree-Gericht liegt ein Scherz des  
 wenig gebildeten Grubenbesizers Jakobloff zu Grunde.  
 Jakin schrieb einen Brief an die Behörden, nachdem ihm der  
 Redakteur der Zeitung „Renset“ von Jakobloff's Schreiben  
 erzählt hatte, und nachdem er weitere Nachrichten, betreffend  
 Taigan eingeholt hatte. Jakin war dieses Jahr nicht im  
 Urwalde. Ich reise heute zurück.

mächtig schlimmer. Sein Sohn, Graf Georg Borecki, ließ  
 sich nie im Lande blicken, er wohnte in Paris. Es war  
 dies ein fleißiger, thatkräftiger Kavaliere, welcher sich geist-  
 lichen Studien über das junge Frankreich widmete, so weit  
 es weiblichen Charakters war und bei Mabelle tanzte.  
 Seiner Güter dachte er nur, wenn er Geld brauchte, aber  
 darum dachte er ihrer so oft, wie der eifrigste Landwirth.  
 Mit seinen Bewaltern in Bobolien stand er in lebhaftem  
 Briefwechsel: er forderte Geld, und kam es nicht, so drohte  
 er mit Entlassung. Die Herren Mandatäre hatten einen  
 schweren Stand, aber weil getheiltes Leid halbes Leid ist,  
 so erpreßten sie den Bauern ihren letzten Heller und blieben  
 auf ihren Posten. Auch der Mandatar von Zulawee, Herr  
 Severin Gonta, hätte vielleicht gern dasselbe Rezept ge-  
 braucht. Aber weil er zwanzig Jahre im Dorfe weilte und  
 die Leute, ihre Fäuste und Finten kannte, darum ließ er  
 lieber die gräßlichen Wälder gewaltig lichten und schickte den  
 Erlös nach Paris, ehe er den Unterthanen an ihr Bischen  
 Besitz zu greifen wagte. Leider gerieth inzwischen Graf  
 Georg immer tiefer in seine Studien und erweiterte seinen  
 Bekannntkreis, indem er zu dem Adel und den Geistlichen  
 auch die Bucherer fügte. Und so erhielt Herr Severin eines  
 Tages ein kurzes Schreiben: „Entweder schickst Du um jäh-  
 rlich tausend Gulden mehr — oder Du kommst zum Teufel  
 gehen.“ Herr Severin überlegte nicht lange. Der Wald  
 war schon so stark gelichtet, daß man mit der schärfsten Brille  
 keinen Baum mehr gewahr werden konnte, und schöner als  
 die schönste Versorgung sind gesunde Glieder. Der Mandatar  
 ging nicht zum Teufel, aber in den Ruhestand nach Lemberg.  
 An seine Stelle kam der bisherige Sekretär des Grafen in  
 Paris, Herr Wenzel Hajek.  
 Herr Wenzel war damals — im Jahre 1835 — ein  
 Mann von achtundzwanzig Jahren, hatte aber bereits

Mancherlei erlebt. Wie schon der Name verräth, war er  
 ein Enkel des Fuß und Hiza und trat daher früh in die  
 Dienste der k. k. geheimen Polizei. Nachdem er in Italien  
 als Spion Treffliches geleistet, das Französische perfekt er-  
 lernt und einem Hofrath in Mailand eine Geldkassette ge-  
 stohlen, wurde er in Würdigung dieser drei Thatfachen nicht  
 als Dieb eingesperrt, sondern als Agent von Metternich nach  
 Paris geschickt. Auch dort lieferte er verdienstliche Berichte  
 über die Emigration, indem er sich in ihre Kreise drängte  
 und durch listige Fragen Alles erkundigte. Leider war er  
 eine dankbare Seele, welche sich dadurch verpflichtet fühlte,  
 den Emigranten auch ihre Fragen zu beantworten. Anfangs  
 lohnte sich die gute That, und in seine Tasche floß doppelter  
 Sold, aber bald hatten ihn beide Parteien durchschaut und  
 setzten ihn vor die Thür. Herr Hajek, eine elastische Natur,  
 wendete nun der Politik für immer den Rücken und wurde  
 Vermittler für mehr oder minder schmutzige Geschäfte; die  
 reinlichsten darunter waren noch jene, die er zwischen Kaba-  
 lieren und Bucherern zu Stande brachte. In dieser Eigen-  
 schaft wurde er dem Grafen Georg bekannt und bald so un-  
 entbehrlich, daß dieser ihn zu seinem Sekretär machte. Nur  
 hätte Wenzel wieder in tausend Freuden leben können, wenn  
 er nicht leider ein so idealer Mensch gewesen wäre. Sein  
 Ideal war eine ansehnliche Rente und so betrog er seinen  
 Herrn auf Schritt und Tritt. Graf Georg war ohnmächtig  
 gegen den Menschen, der um alle seine Geheimnisse wußte,  
 und so schickte er ihn zwar aus Paris fort, aber als Ver-  
 walter nach Zulawee. „Wenn er mir nur meine Gelder  
 entreißt!“ dachte der edle Mann. „Was er den Bauern  
 für sich erpreßt, geht nicht aus meiner Tasche!“ Und dann  
 machte er sich wieder, so fleißig als nur je vorher, an seine  
 Studien.  
 (Fortsetzung folgt).